

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Gefördert wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 8 gespalt. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sellenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Mehr Wertung der Persönlichkeit.

Takt ist der Verstand des Herzens; Mangel an Takt, sei es aus Unbesonnenheit oder Unbeholfenheit, ist immer ein Fehler.

„Die Wissenschaft der Charaktere und die Kunst, die Charaktere zu behandeln, ist das Fundament aller Betriebsweisheit, im kleinsten Arbeiterkreise und im riesigen Unternehmen, denn der fundamentale Betriebsfaktor ist eben schließlich doch immer die menschliche Persönlichkeit. Wer sich ganz klar macht, wieviel geistige und moralische Kräfte schon für die gewissenhafte Ausführung auch nur der kleinsten Arbeit nötig sind, wieviel Aufsicht gespart werden können, wenn das Personal richtig behandelt wird und wieviel Arbeitslähmung oder Arbeitsfremdbildung von der Tonart der Kontrolleure abhängt — der wird die ethisch-pädagogische Vorbereitung des künftigen Betriebsleiters, des Werksführers, nicht hoch genug bewerten können.“

Auf den großen transatlantischen Dampfern gibt es eigene Angestellte für die Aufgabe, durch Wasserzufuhr das Warmlaufen der Maschinen zu verhindern. In vielen großen Unternehmen gibt es Werkmeister und Ingenieure, deren Tonart beständig zum „Warmlaufen“ aller Angestellten führt und die stets von neuem Ursache von Streiks und von jener heimlichen und schweigenden Arbeitseinstellung und Sabotage sind, welche weit gefährlicher ist als die offene Revolte!“

Friedrich Wilhelm Förster.

Standesbewußtsein.

Ein stolzes Wort — und ein inhaltreiches Wort, wenn es recht in seiner vollen Bedeutung erfasst und gewürdigt wird. Wahres Standesbewußtsein ist die Quelle, aus der die Bedürfnisse eines Standes fort u. fort immer neue Nahrung erhalten. Was wahres Standesbewußtsein zuwege bringt, das zeigt uns die Geschichte des Handwerkerstandes der Vergangenheit, das zeigen uns auch die Erfolge und die einflußreiche Stellung im Volksganzen, die sich die Stände der Bauern, Aerzte, Beamten usw. heute errungen haben. Wo aber das Standesbewußtsein fehlt, da fehlt an der Erkenntnis der Bedeutung, des Wertes des eigenen Standes, da fehlt auch an dem moralischen Opfermut u. der Pflichttreue, die Ehre und die Rechte des Standes zu wahren und zu verteidigen. Ein solcher Stand bietet das traurige Bild der Unentschlossenheit und Zerfahrenheit, und ein Vorwärts- und Aufwärtstreiben wird hier zur Unmöglichkeit.

Aus diesen Gründen haben zumal wir Arbeiter allen Anlaß, Standesbewußtsein und Gemein Sinn in unseren Reihen zu pflegen und zu fördern. Unantastbar, wie dem Künstler des Mittelalters seine Berufslehre, so muß uns Arbeitern von heute unsere Standesehre sein. Das ist die zwingende Konsequenz einer rechten Wertung der Arbeit, die wir zum Wohle der Allgemeinheit verrichten. Was nützen schließlich alle Errungenschaften des menschlichen Denkens, wenn sie nicht durch fleißige und intelligente Arbeit der Gesamtheit dienstbar gemacht würden? Darum sollen wir uns mit Stolz als Glieder des großen unentbehrlichen Arbeiterstandes bezeichnen. Und wenn die Standesverhältnisse nicht befriedigend sind, dann fordert es die Standesehre, in gemeinsamer solidarischer Arbeit Abhilfe zu schaffen. Standesbewußtsein, Opferwilligkeit, Gemein Sinn, das sind die Tugenden, die deshalb in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung eine besondere Pflegestätte gefunden haben.

Das Vorwärts- und Aufwärtstreiben des Arbeiterstandes ist aber gewissen kurzfristigen Leuten ein Dorn im Auge. Das Scharfmachertum fühlt sich durch die Erziehung der Arbeiter zum Standesbewußtsein und zu charaktervollem und selbständigem Denken in seiner rücksichtslosen Allgewalt bedroht. Eigentlich ein Armutzeugnis für diese Leute. Es scheint fast, als glaubten sie ihre intellektuelle Superiorität nur einem Heere von charakterlosen Heloten gegenüber aufrecht erhalten zu können. — So lehnen sie denn in bedauerlicher Kurzsichtigkeit die Mitarbeit der gesamten gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zur Regelung der Verhältnisse im Gewerbe ab. Weil die un-deutsche sozialistische Klassenkampf-Bewegung in ihrer gehässigen und rücksichtslosen Kampfart über das Ziel hinausgeschossen hat, verfällt dieses Unternehmertum in das entgegengesetzte Extrem und sucht mit allen Mitteln eine ebenso un-deutsche, aus Frankreich importierte gelbe Sumpfpflanze aufzupäppeln. Und dieses fremde Giftgewächs, mit dem man deutsche Arbeiter um Standesbewußtsein und Ehre betrügt, nennt man zum Spott dann noch „national“, „nationaler Werkverein“, „vaterländischer Arbeiterverein“, das ist die heuchlerisch verlogene Flagge eines Piratenums, das darauf ausgeht, dem deutschen Arbeiter sein wichtigstes Recht, die Koalitionsfreiheit, zu rauben. Treffend zeichnet der liberale Kommerzienrat Manz die Methode der gelben Arbeiterentrecht-

fung und Entmannung mit den Worten: „Hier und da ein Buderbrot, eine Spende in die Kasse des Vereins und hintenbreit die Peitsche in der Form eines Abhängigkeitsverhältnisses, das den Arbeiter zu einem Lohnsklaven erniedrigt.“

Der denkende, standesbewußte, auf Reinlichkeit und Ehre haltende Teil der deutschen Arbeiterschaft hält sich deshalb von der, trotz der „nationalen“ Firma durchaus un-deutschen gelben Bewegung fern. Der intelligente Arbeiter geht in seine Berufsorganisation. Daher ist es auch erklärlich, wenn der „Gelbführer“ Doktor Sperling, die Seele des von Kruppischen Gnaden existierenden gelben „Werkvereins“ in Nr. 4 der Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände resigniert bekennen mußte, daß sich bis jetzt im gelben Lager noch keine Persönlichkeit aus dem Arbeiterstande als Führer durchgerungen habe. Trotzdem schwafelt der gelbe „Werkverein“ aber im Leitartikel der letzten Nummer seinen bedauernswerten Zwangs- und hochmögenden Liebhaberabonnenten vor, die gelben Werkvereine seien „aus der Not der Zeit heraus geboren.“ — Wer lacht da? — Ob der Fint, der dieses Lied gepfeifert hat, annimmt, daß die gelben Vögel ihm das glauben? Unabhängige Leute urteilen anders. So schrieb z. B. Dr. Gerhard Kessler in seinem Buch „Die deutschen Arbeitgeberverbände“:

„Die gelben Gewerkschaften führen meist ein recht kümmerliches Dasein, und das ist weder zu verwundern noch zu beklagen. Ein Arbeiter, der auf Solidarität und Standesehre hält, wird sich kein Koalitionsrecht nicht durch Geldspenden der Arbeitgebererschaft abkaufen lassen. Eine Unwahrheit ist es, wenn einzelne dieser gelben Grönbungen der Unternehmerschaft sich als „frei“ oder „unabhängig“, ein grober Mißbrauch, wenn sie sich als „national“ oder „reichstreuen“ bezeichnen. Die Abneigung gegen den Streik hat mit nationaler Gesinnung oder Reichstreue nichts zu tun.“

Reichstreue und patriotische Arbeiter waren schon vor der Entfremdung der gelben Vereine zu Hunderttausenden in den Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften, den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen gesammelt und organisiert. Die reichstreue und patriotische Gesinnung ist also nicht das unterscheidende Merkmal der Gelben. Sie ist nur der schöne Mantel, mit dem Streikgegnerschaft und Streikbruch sich wohlgefällig umkleiden. Warum spricht man nicht lieber von „Arbeitswilligenvereinen“, wenn man doch solche will und meint.“

Der gelbe „Werkverein“ schiebt in dem oben angezogenen Leitartikel ferner der Welt vorzuschwindeln, in den gelben Schmarotzergebilden finde man die Arbeiterschaft, die „zur Selbstbestimmung kam“. Das sieht ja beinahe so aus, als wenn es denkende und standesbewußte Arbeiter gäbe, die sich ihrer Freiheit und ihrer Gesinnung um gelber Almosen willen entäußerten. Daß aber in Wirklichkeit die gelbe Mache mit denkenden, ehrliebenden und standesbewußten Arbeitern nicht das geringste zu schaffen hat, das bezeugt uns Kommerzienrat Manz, wenn er über die Gelben also urteilt:

„So waltet hier nicht die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Vorteils willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterstützung in der Zukunft, die ihm wie ein Köder hingehalten wird, verkauft ein solcher Arbeiter sein ihm vom Gesetz gewährlestetes Koalitionsrecht, während er vor Augen sieht, wie seine Arbeitgeber von dem gleichen Recht für sich den ausgiebigsten Gebrauch machen und sich in einem mächtigen Unternehmerverband zusammen-schließen. Die Solidarität der Arbeiterinteressen wird ihm ein fremder Begriff und der soziale Gedanke geht ihm dabei völlig verloren.“

So ist es in der Tat. Und die gelben Macher geben vor, mit einem Haufen moralisch gebrochener Leute die Welt vom Terror der internationalen Sozialdemokratie befreien zu wollen. „Glauben die Arbeitgeber wirklich, daß sie sich in dieser Weise auf die Dauer ihre Arbeiter gefügig machen können, oder daß sie mit dieser Methode die sozialistische Bewegung mit Erfolg bekämpfen? Bei dem ersten kräftigen Anstoß gehen diese „willenlosen Dämmer“ in hellen Haufen ins feindliche Lager über und werden sich ungeberdiger zeigen wie die andern.“ Das ist eine Mahnung, die ein Arbeitgeber an seinesgleichen richtet.

Wir christlich-nationalen Arbeiter sind mit diesem Mann in der unbedingten Ablehnung der gelben Sumpfpflanze einig. Standesbewußtsein und Ehre, Menschenwürde und Freiheit sind Güter, die ein Mann niemals für das Linsengericht gelber Amosen verschachert. Zur Wahrung der Interessen ihres Standes und Berufes hat die christlich-nationale Arbeiterschaft sich darum ihre unabhängige christliche Gewerkschaftsbewegung geschaffen. Dahinein gehört der vorwärtstrebende, auf Standesbewußtsein und Standesehre haltende Arbeiter.

Am Branger.

Den ganzen roten Blätterwald durchtobte im Oktober und November vorigen Jahres ein Sturm der Entrüstung. Natürlich war auch das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit von der Partie, handelte es sich doch um einen Fall, den man mit der üblichen Portion roter Frechheit gegen die verhassten christlichen Gewerkschaften ausschlagen konnte. Nach der Darstellung in der Notiz „Christlicher Terrorismus“ in Nr. 47 Seite 379, Jahrgang 1911 der „Metallarbeiter-Zeitung“ sollte „der Brauer Kurrer, Mitglied seiner Gewerkschaft und der sozialdemokratischen Partei und für beide tätig, bei der Heimkehr von einer Sitzung des Gewerkschaftsartells von bis jetzt noch Unbekannten hinter rücks überfallen in einen Straßengraben geworfen und mittels Messerstichen schwer verletzt“ worden sein. „Daß einer der Täter“, so schrieb das rote Blatt wörtlich weiter, „dabei die Worte fallen ließ: „Jetzt verreck, du roter Hund!“ gibt einen Fingerzeig, wo sie zu suchen sind.“ Zum Beweise dafür, daß der „Genosse“ Kurrer sich einer besonderen „christlichen“ Feindschaft erfreut habe, brachte das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes dann auch noch Bruchstücke aus anonymen Briefen, worin der „Genosse“ als „roter Hund“, „roter Keil“ usw. beschimpft und gar mit dem Tode bedroht wurde. Daß Kurrer mit dem Leben davonkam, war nach dem genannten Blatt nur dem Umstand zuzuschreiben, daß ein Messerstich in die Herzgegend von einem Notzuch aufgehalten wurde.

„Wir werden aber nicht ruhen und nicht rasten“, so rief die „Metallarbeiter-Zeitung“ mit der roten Freiburger Volkswacht aus, „bis die Wahrheit zutage liegt.“ Hässlich hieß es dann zum Schluß: „Der solcher Vorfälle berichtet die gefälschte „christliche“ Presse mit dem Zentralblatt und der ultramontanen Böhmischen Volkszeitung an der Spitze natürlich kein Wort.“

Wir haben damals in unserer Nr. 49 (1911) diese an den Haaren herbeigezogene nichtsinnige Verleumdung der christlichen Gewerkschaften schon niedriger gehängt und betont, daß kein christlich organisierter Arbeiter mit der Sache etwas zu schaffen habe. Das hat aber die roten Volksbetrüger nicht gebindert, mit dieser gemeinen Wahllüge weiter gegen unsere Bewegung zu operieren. — Nunmehr liegt die Wahrheit zutage — und man darf föhlich gespannt darauf sein, ob jetzt die gefamte „rote“ Presse mit der „Metallarbeiter-Zeitung“ hinten-drein vor ihren Lesern auch der Wahrheit die Ehre geben und die gemeinen Verdächtigungen und Verleumdungen der christlichen Arbeiter zurücknehmen werden. Um unseren Kollegen einen Blick in den Abgrund sozialdemokratischer Agitations„moral“ tun zu lassen, bringen wir nachstehend im Wortlaut den in dieser Sache ergangenen Einstellungsbeschuß der Staatsanwaltschaft, wie er in den „Konstanzer Nachrichten“ Nr. 138 (1912) niedergegeben ist.

Abchrift
Groß. Staatsanwaltschaft
Konstanz.
Anzeige
wegen
Körperverletzung z. N. des
Bierbrauers Kaver Kurrer
aus Schönenau.
1. S. D. 1765/11.

Ich habe das Verfahren wegen Körperverletzung z. N. des Bierbrauers Kaver Kurrer von Schönenau, z. St. in Nürnberg, eingestellt.

Nach dem Ergebnis der Erhebungen und Feststellungen besteht kein Zweifel, daß der Anzeiger bei der Anzeige und in dem darauf eingeleiteten Ermittlungsverfahren falsche Angaben gemacht hat.

Er hat behauptet, er sei zwischen dem Bettelgäbchen und dem Bahnhof Petershausen etwa um 1 Uhr nachts von zwei Unbekannten überfallen, geschlagen und gestochen worden, die ihm zugerufen hätten: „So, du roter Keil, jetzt haben wir dich!“

In der Nähe des Latorters hielt sich etwa 20—25 Minuten lang, bis zum Zusammenreffen mit dem Anzeiger, ein Schußmann auf. Das Zusammenreffen geschah etwa 30 Meter vom Latort entfernt. Der Schußmann hat von einem Lärm, der mit dem Ueberfall nach der Darstellung des Kurrer hätte verbunden sein müssen, nichts wahrgenommen, auch keine anderen Personen gesehen.

Die bei dem Ueberfall angeblich zugefügten Verletzungen bestanden in oberflächlichen, z. T. 1 Millimeter tiefen, z. T. nur die Haut durchgehenden Schnittwunden an der Stirne, im Gesicht und an den Händen. Die Wunden waren nach drei Tagen verheilt (vgl. ärztliches Gutachten). Bei der Durchsuhung des Kurrer auf der Polizeiwache, wohin er sich von dem Schußmann hatte führen lassen, zeigte sich, daß die zwei Bücher, die er übereinander in der linken Brusttasche trug, vollständig durchstochen waren. Kurrer gab vor, diese Stiche

Zur Generalversammlung.

schritten ebenfalls vom Unfalle her. Die Schnitte sind auf beiden Seiten der Wäcker etwa einen Zentimeter lang. Das Messer hätte also aus dem hintersten Buch noch weit hinaus-treten müssen. Eine Beschädigung des Taschenfutters, der Weste, des Hemdes war aber nicht vorhanden, nur die Knospen-feste der Hosse war ein Schnitt auf. Bei dem einen Buch, einem Notizkalender ergibt sich bei näherer Prüfung des an-scheinend von einem durchgehenden Stoß herrührenden Schnittes, daß die Schnittlinien am hinteren Deckel und an den davorliegenden Blättern nur dann aufeinander liegen, wenn das Buch halb geöffnet ist, nicht aber, wenn es geschlossen ist. Der Stich durch den hinteren Deckel ist schräg zur Deckel-fläche geführt, der Stich durch die Blätter und den vorderen Deckel hindurch senkrecht. Auch zeigt der äußere Augenschein schon, daß zum Durchstechen des unter dem Deckel lie-genden Buchtitels besonders angefaßt worden ist.

Die Schnitte sind mit einem haarscharfen Messer hergestellt worden, nicht mit einem sog. Stielmesser oder einem gewöhn-lichen Taschenmesser. Die Schnittländer sind nicht zerfetzt oder umgebogen, die Schnittlinie ist nicht erweitert. Es er-gibt sich hieraus mit Sicherheit, daß die Wäcker vor dem Ueberfall, jedes für sich, teils in offenem, teils in geschlossenem Zustand durchgeschnitten worden sind. Bei dieser Sachlage be-steht begründeter Verdacht, daß auch die oberflächlichen Schnitt-wunden, die der Verlechte Kurzer trug, nicht von einem gewalt-tätigen Ueberfall herrühren. Kurzer hat sich zur Glaubhaft-machung seiner Angaben, daß er Feinde habe, die ihn schon lange verfolgten und auch den Ueberfall ausgeführt haben müßten, auf anonyme Briefe berufen, welche seine Braut, seine früheren Nebenarbeiter Gehbart und Waldruff und er selbst erhalten hatten. Diese Briefe enthalten schwere Beschimpfungen des Kurzer und aus ihrem Inhalt ergibt sich die Absicht des Briefschreibers, den Kurzer als einen des Verlehrs mit anderen nicht würdigen Menschen hinzustellen. Auch enthalten sie ähnliche Ausdrücke wie diejenigen, welche die Täter ange-blich beim Ueberfall gebraucht hätten.

Der erste Brief vom 6. 4. 1911, an die Braut des Kurzer gerichtet, konnte in Urchrift nicht beigebracht werden. Ein in der Verbandszeitung der Drauerarbeiter Nr. 35 vom 2. 9. 1911 enthaltener Abdruck ist als Unterchrift des Briefes die Buchstaben St. R. an. Nach Angabe des Kurzer war der Brief nur mit M. K. gezeichnet. Als mutmaßlichen Verfasser dieses Briefes hat Kurzer den Oberbriener der Löwen-brauerei in Konstanz, Karl Müller, genannt, gleichzeitig hat er jedoch erklärt, daß Müller an dem Ueberfall nicht beteiligt gewesen sei. Der zweite Brief vom 16. 7. 1911 und der dritte vom 23. Oktober 1911 liegen in Urchrift vor. Eine Ver-gleichung der beiden vorhandenen anonymen Briefe mit an-deren vom Verlechten Kurzer geschriebenen Schriftstücken ergab eine Uebereinstimmung von Rechtschreibfehlern und eine Ähn-lichkeit der Schrift. Durch das Gutachten eines Sachverständigen ist die Uebereinstimmung der Schrift in den fraglichen beiden Briefen mit der des Kurzer bestätigt worden.

Durch diese Tatsachen — Wortauslegung, daß die Wäcker, die schon früher durchstochen waren, beim Ueberfall durch-schnitten worden seien und Vorlage selbstgeschriebener Briefe als von fremden Personen verfaßt — ist die Glaubwür-digkeit des Anzeigers so sehr erschüttert, daß angenommen werden muß, der Ueberfall hat gar nicht stattgefunden und Kurzer habe sich die Verdächtigungen selbst beigebracht.

Der Großh. Erste Staatsanwalt.
gez. Dr. Kempff.

Mit diesen Feststellungen eines hiesigen Staatsan-walts ist der sozialdemokratischen Arbeiter- und Agen-toral vor aller Öffentlichkeit die Heuchlermaske zerfetzt worden. In der verlogensten und widerwärtigsten Weise haben sozialdemokratische und „frei“ gewerkschaftliche Agi-tatoren und Presse den Fall Kurzer gegen die christlich organisierten Arbeiter ausgepielt; darum stehen jetzt auch sozialdemokratische Partei und ihre Gewerkschaften und ihre Organe mit Einschluß der „Metallarbeiter-Zeitung“ als Verleumder und Schwindler am Pranger. Werden alle diese gewerkschaftlichen Verleumder der christlichen Gewerkschaftsbewegung ihre leichtfertigen und haltlosen Beschuldi-gungen nunmehr ohne Umschweife widerrufen? Bei der notorischen moralischen Minderwertigkeit der sozialdemo-kratischen Agitation ist das kaum zu hoffen; denn nach sozialdemokratischer Anschauung gilt ja die Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Gegner gegenüber nicht. So ist der Fall Kurzer wieder eine moralische Katastrophe für die Sozialdemokratie. — Ehrliche und wahrheitsliebende Men-schen werden also in Zukunft wissen, was sie von der sozial-demokratischen Kampfweise und insbesondere auch von der der „Metallarbeiter-Zeitung“ zu halten haben.

Die an dieser Stelle zum Wort gekommenen Kollegen haben sich fast ausnahmslos für eine Beitragserhöhung ausge-sprochen. Zweifellos ist nun eine Stärkung der Zentralkasse erwünscht. Nicht so sehr, wie von verschiedenen Seiten betont wird, weil die Leistungen nicht den Unterhaltungsansprüchen entsprechen. In dieser Beziehung hat z. B. der Kollege aus Kachen meiner Ansicht nach arg übertrieben. Es geht doch nicht an, unsere Krankenunterstützung mit einer Hilfskassen-kasse in Parallele zu stellen, schon darum nicht, weil diese Kassen vom 3. und vom 14. Tage an Unterhaltung bezah-len. Das ist doch ein ziemlich großer Unterschied, und durch solche Uebertreibungen überzeugt man sich leicht einen Gegner der Beitragserhöhung. Dann hat sich im Laufe der Jahre herausgestellt, daß, obwohl wir jahungsgemäß die gleichen Unter-stützungen wie der sozialdemokratische Verband gewähren, ein-gelne wie Reise-, Umzugs- und Krankenunterstützung von unseren Kollegen verhältnismäßig nicht so stark in Anspruch genom-men werden wie im gegnerischen Verband. Dem steht als Ausgleich allerdings wieder gegenüber, daß die Beitragsleistung pro Kopf bei uns entsprechend niedriger ist wie dort. Immer-hin glaube ich, daß wir dieshalb nicht zu einer Beitrags-erhöhung zu schreiten brauchen. Was uns aber zur Stär-kung unserer Hauptkasse zwingt, ist die Tatsache, daß rund 2/3 unserer Mitglieder im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stehen, wo zweifellos erst die schwersten Kämpfe geführt wer-den müssen. Im gleichen Gebiet hat aber der sozialdemokratische Verband noch nicht 15% seiner Mitglieder. Daraus ergibt sich, daß wir unbedingt einen weit größeren Kampffonds be-sitzen müssen, wie der gegnerische Verband; wenn unser Ver-band in Rheinland-Westfalen nicht genau so ohnmächtig sein soll, wie der sozialdemokratische Verband in seinen Hoch-burgen es erwiegenmaßen ist.

Will also der größte Teil unserer Kollegen nicht auf die Verbesserung ihrer Lage verzichten, dann müssen sie eige-nlich Feuer und Flamme für eine Beitragserhöhung sein. Unser Kassenvermögen pro Kopf in Ehren, es ist ja tatsächlich gut doppelt so hoch wie im sozialdemokratischen Verband — aber es würde uns zum Verhängnis, wenn sich die Kollegen da-durch in solche Sicherheit wiegen lassen. Leider hat eine große Anzahl Kollegen, selbst solche aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet diese Einsicht noch nicht. Erst recht ver-müssen wir sie bei den Unorganisierten. Dann hat sich auch in den letzten Jahren die Lebenshaltung nicht unerheblich verteuert. Letzteres fällt natürlich nicht aufs Konto der Ge-werkschaftsbewegung; ohne sie hätte es um den Arbeiter-haushalt ohne Zweifel noch bedeutend schlechter. Aber alle diese Punkte dürfen bei der Neuregelung unserer Beitrags-frage nicht außer acht gelassen werden. Es kann die Frage aufgeworfen werden, ob eine Beitragserhöhung die Erschü-terung, die sie im Mitgliederbestand mancher Bezirke auslösen wird, aufwiegt. Sehr viele Kollegen sind der Meinung, daß dadurch die Agitation außerordentlich erschwert wird. Man komme nicht mit dem Einwand, mit 80 Pfg. ist genau so gut werden, wie mit 60 und 70 Pfg. Wenn man 12 Jahre in der Kleinagitation steht, weiß man, daß dieses nicht zutrifft. Das Nachlassen des Eifers der Kollegen in der Kleinagitation hängt zum Teil damit zusammen. Würde mit der Höhe des Beitrages die Ausdauer und Fähigkeit der Kollegen sich stei-gern, wäre allerdings die Sache eine andere. Aber leider ist das Gegenteil der Fall.

Wenn nun die Generalversammlung eine Erhöhung des Beitrages vornehmen sollte, so dürfte meiner Ansicht nach nicht allein die Stärkung der Hauptkasse das leitende Motiv sein. Hierbei kommt noch in Frage, daß unbedingt Mittel und Wege gefunden werden müssen, mehr Leben und System in die Kleinagitation zu bringen. Auf dieser beruht mehr wie je zuvor unsere Zukunft. Tatsache ist aber, daß hierin die Kollegen mehr und mehr erlahmen, und durch die Beitrags-erhöhung an sich wird es sicher nicht besser. Wie kann da Remedium geschaffen werden? — Dem Verbands gehen jährlich tausend und abertausend Kollegen verloren, weil der Vertrauens-männerapparat nicht auf der Höhe ist und nicht selten voll-ständig verjagt. Die einzelnen Zahlstellenvorstände sind zum Teil ihrer Aufgabe nicht gewachsen; dann fehlt ihnen namentlich jetzt in der Hochkonjunktur mit den unvermeidlichen Ueber-stunden auch tatsächlich die Zeit. Der freigestellte Kollege hat ebenfalls die Hände voll zu tun und kann sich mit dem besten Willen nicht mit der Kleinarbeit so befassen, wie es notwendig wäre. An vielen Orten würde es sich zweifellos rentieren, wenn ein Kollege da wäre, dessen Aufgabe es sein müßte, den Vertrauensmännerapparat unausgesetzt zu über-wachen, ihn aufzubauen und lebendig zu halten und, wo es gar nicht anders möglich ist, aber auch nur dann, die Beiträge selbst einzulassen. Aber hierzu fehlt auch weder der Nervus verum. Wollten die Ortsverwaltungen dazu übergehen dieses einzuführen, so würden sie, trotzdem sie vielleicht einen Lokal-zuschlag von 10 Pfg. und mehr erheben, nochmals gezeugen sein, den Lokalzuschlag zu erhöhen. Auf der anderen Seite gibt es Zahlstellen und Ortsverwaltungen, die gar keinen

Lokalzuschlag eingeführt haben und trotzdem, weil sie für Agitation und Verwaltung fast gar keine Ausgaben haben, sich ein ganz ansehnliches Lokalvermögen angehäuft haben. Als ich mir die letzten Abrechnungen der Lokalkassen ansah, habe ich eine Reihe Lokalkassenbestände von ganz ansehnlicher Höhe ge-funden. Soweit sie dieses Resultat durch hohe Lokalzuschläge erreicht haben, den Opfermut der Kollegen in Ehren. Aber, während wir einen Lokalkassenbestand von 70 000 M. haben, sind manche Bezirkskassen nicht in der Lage, den an sie ge-stellten Anforderungen gerecht zu werden, obwohl z. B. im Bez-irk I 12 Prozent der Beiträge an die Bezirkskasse abgeliefert werden. Ich meine, die 70 000 M. in den Lokalkassen würden eine ganz andere Rolle spielen, wenn sie in der Bezirkskasse angehäuft wären. Es könnte dann ein Ausgleich herbeigeführt und dort eingegriffen werden, wo es am notwendigsten ist. Jetzt liegt die Sache so, daß oft an einer Stelle trotz der Opferwilligkeit der Kollegen die Mittel nicht ausreichen, um die Agitation genügend entfalten zu können. Das trifft fast durchweg im Gebiete der Grobtextilindustrie zu, wo die Agi-tation besonders schwer ist. Wo es also hier an Geldmitteln fehlt, sind andere Ortsgruppen in der glücklichen Lage, ohne Lokalzuschläge noch ein Vermögen anzuhäufen. Hier müßte meines Erachtens ein Ausgleich herbeigeführt werden. Gleiche Rechte, gleiche Lasten! Dieser Ausgleich könnte vielleicht da-durch geschaffen werden, daß jede Ortsgruppe pro Mitglied 10 Pfg. (jungenbüchse 5 Pfg.) an die Bezirkskasse abzuliefern hätte, was natürlich keine Ortsgruppe hindert, Lokalzuschläge ein-zuführen. Dann wäre die Bezirkskasse in der Lage, in der Agitation ausgleichend einzugreifen.

Zur Frage der Beitragserhöhung würde ich folgendes vor-schlagen: der Verbandsbeitrag bleibt wie bisher bestehen; dagegen verbleiben den Ortsgruppen anstatt der 15 Prozent nur 6—7 Prozent der Beiträge. An die Bezirkskasse müssen wesentlich pro Mitglied 10 Pfg. (jungenbüchse 5 Pfg.) entrichtet werden. Im Bezirk I werden, wie schon bemerkt, 12 Prozent der Bei-träge an die Bezirkskasse abgeliefert, trotzdem gibt es dort noch Zahlstellen, die keinen Lokalzuschlag erheben. Das ergibt, daß 7 Prozent zur Verteilung der Geschäfte dort mehr wie ge-nügen. Die Verbandskasse würde bei Verwirklichung meines Vorschlages ebenfalls gestärkt, wenn auch nicht in dem Maße, wie bei der Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pfg. Da-gegen würden aber die Bezirkskassen eine Stärkung erfahren, wodurch die Verbandskasse die Zuschüsse an die Bezirke in den meisten Fällen sparen würde. Der finanzielle Effekt bleibt am Ende der gleiche; jedoch mit dem Unterschiede, daß manche Ortsgruppe, die sich finanziell gutstellen, und der eine Beitrags-erhöhung gerade jetzt sehr unangelegen kommt, dieselbe auf einen günstigeren Zeitpunkt verschieben kann. Jedenfalls bedarf die Frage der Belegung der Agitation der Aufmerksamkeit der Ge-neralversammlung. Diese ist meiner Ansicht nach nur möglich, durch Stärkung der Bezirkskassen. Noch so gute Lokalkassen-bestände sind eben nicht in der Lage ausgleichend einzugreifen.
P. St. Berne.

Wenn ich mir einige Zeilen gestatte in Bezug auf die dem-nächstige Generalversammlung, so leitet mich der Gedanke, den Kollegen allerorts etwas Verständnis für die Staatsarbeiter der kaiserlichen Werften abzunütigen. Die Arbeiter der kaiserlichen Werften stellen in der Gewerkschaftsbewegung eine besondere Gruppe infolgedessen dar, als sie der Hauptkategorie weniger zur Last fallen betreffs Unterstützung. Da Lohnkämpfe auf den kaiser-lichen Werften ausgeschlossen sind und für die Kollegen also nur Krankenunterstützung in Frage kommt, ist mehrfach der Wunsch zum Ausdruck gekommen, man möge den kaiserlichen Werftarbeitern entgegenkommen und die Karenzzeit im Krank-heitsfalle von 14 Tagen entsprechend zu ermäßigen. Dieses wurde auch noch besonders bei unserer letzten Beitragserhöhung von 65 auf 75 Pfg. hervorgehoben. Auch andere Gewerkschaftsgruppen hier am Orte gewähren ihren Mitgliedern be-sondere Bergünstigung. Man erblickt auch hierin einen Vor-teil in der Agitation, da die Arbeiter der kaiserlichen Werften für die christliche Gewerkschaftsbewegung schwer zu gewinnen sind. Es wird einem da immer entgegengehalten, wie als Werftar-beiter haben von der gewerkschaftlichen Organisation wenig Vorteil. Die Generalversammlung möge Mittel und Wege finden, den Wünschen der kaiserlichen Werftarbeiter nach dieser Richtung hin Rechnung zu tragen.

Anmerkung der Redaktion. Es ist eine vollständig schiefe Auffassung, wenn Kollege W. die Herabsetzung der Karenzzeit bei der Krankenunterstützung für die staatlichen Ar-beiter damit begründen will, daß Lohnkämpfe für sie ausge-schlossen seien. Den Produktionsarbeitern in staatlichen Wer-ken steht das Streikrecht ebenso zu, wie den Arbeitern in der Privatindustrie. Wenn sie von diesem Rechte keinen Ge-brauch zu machen brauchen, so ist das für sie um so besser. Sie sollen aber nicht vergessen, daß es erst die Organisation und deren Einfluß ist, die ihren Wünschen und Forderungen in der Öffentlichkeit und vor den Parlamenten den notwendigen Nach-druck verleiht. Die Staatsarbeiter sollen ferner bedenken, daß es für die Arbeiter der Privatindustrie durchaus kein Ver-gnügen ist, zur Erlangung derselben Verbesserungen Wochen und

Luftverbesserung in den Arbeitsräumen.

Einige interessante und lehrreiche Angaben zu dieser Frage finden wir im letzten Jahresbericht der hiesigen Gewerbeaufsicht. Da diese Ausführungen insbesondere auch Ansporn auf die Beachtung unserer Kollegen machen dürfen, bringen wir sie an dieser Stelle zum Abdruck. In seinem hygienischen Sonderbericht äußert sich Gewerbeinspektor Dr. med. H. v. S. m. a. n. n zu dem in Frage stehenden Kapitel wie folgt:

Der Frage der Luftverbesserung in Arbeitsräumen durch Ozonisierung wird immer weitere Bedeutung beigegeben, so daß es angebracht erscheint, auch an dieser Stelle über das Für und Wider und über die Grenzen des Erreichbaren einige Worte zu sagen.

Das Ozon, der dreiatomige Sauerstoff, wird durch elek-trische Entladungen zwischen zwei Elektroden erzeugt. Ozon-istoren werden vorzugsweise geliefert von Siemens & Halske, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Allienge-sellschaft für Ozonherstellung in Stuttgart. Zur Wasserreinigung wird das Ozon schon lange angewendet. Der Versuch, die hart gewonnenen Erfahrungen auch auf die Reinigung der Luft zu übertragen, scheint zunächst erfolglos zu sein. Was uns die Luft eines überfüllten Raumes verborgen er-scheint, ist weniger ihr Gehalt an Kohlendioxid, als der Mangel an Sauerstoff, sondern die Anwesenheit Abfallgase, die ein subjektives Unbehagen mit seinen Folgeerscheinungen, Kopfschmerzen und Mattigkeit erzeugt. Wird in einem solchen Raum mit schlechter Luft Ozon erzeugt, so verschwinden die unangenehmen Empfindungen vollständig, aber das eine Bedürfnis der vorhandenen Geschöpfe ein-

tritt. Die desodorierende Wirkung des Ozons beruht lediglich auf geruchphysiologischen Ursachen; die Gegenwart von Ozon, das selbst einen aufdringlichen Eigengeruch nicht hat, macht die unangenehmen Nieschstoffe für unsere Nerven nicht mehr oder in vermindertem Grade wahrnehmbar. Diese Tatsache wurde auch durch die experimentellen Untersuchungen von Erdmann und Schwarz aus dem staatlichen Hygienischen In-stitut in Hamburg bestätigt (Zeitschrift für Hygiene und In-fektionskrankheiten 67. Band 3. Heft). Ammoniak, Schwefel-wasserstoff, Trimethylamin, Valeriansäure, Buttersäure, Indol und Skatol, alle diese Gerüche wurden durch Ozon in ver-hältnismäßig geringer Konzentration überdeckt. Große Ozon-mengen sind für die Praxis nicht zu empfehlen, es genügen 0,5 Milligramm auf 1 Kubikmeter Luft.

Die Erbauer der Ozonisationsanlagen betonen besonders die leitenden Eigenschaften des Ozons und erblicken einen Hauptvorteil in der Sterilisation der Luft. Der Leiter des mit einer Ozonisationsanlage und Frischluftzuführung ver-sehene Heidelberger Hallenbades, in dem der lästige Habegeruch völlig verschwunden ist, glaubt durch seine Unter-suchungen eine Verminderung der in der Luft vorhandenen Keime nachgewiesen zu haben (Journal für Gasbeleuchtung und Wasserreinigung 1910 Nr. 9). Vom Hamburger Hygie-nischen Institut (s. o.) wird dem widersprochen. Jedenfalls ist einer solchen Wirkung des Ozons für die Praxis kein allzu hoher Wert beigegeben.

Wir unterscheiden zwei Arten von Ozonisierung von Räu-men: entweder man schickt die Raumluft durch einen fahrbaren oder an der Fede befestigten Ozoninator hindurch, oder es wird Frischluft von außen zugeführt, die man ozonisiert. Die erste Methode ist zu bevorzugen: sie führt zu einem Scheitern, wie

er ähnlich auch von den in Bedürfnisanstalten gelegentlich angewendeten naphthalinhaltigen Desodorierungsmitteln erzeugt wird, und bringt die Gefahr der Benachlässigung der Frisch-luftzuführung mit sich. Die zweite Methode, Ozonisierung verbunden mit Luftzuführung, ist jedoch eine schätzenswerte Bereicherung der Ventilations-technik.

Mustergültig ist die Einrichtung der Spinnerei Fekmann u. Seder in Zell i. W. Die Firma hat zwei Apparate in Betrieb. Einer der Apparate ist im Keller aufgestellt. Er kann stärker und schwächer eingeschaltet werden; das erzeugte Ozon wird mit einem kleinen Ventilator in die vorhandene Frischluftzuführung eingeleitet und durch die den Spinnstuhl durchziehende Luftverteilungsleitung an alle Punkte des Ar-beitsraumes geführt. Der Apparat beansprucht zwei Ampere bei einer Spannung von 110 Volt. Die Aufstellung verur-sachte einen Kostenaufwand von 1600 Mark. Die zweite, einen anderen Teil der Fabrik umfassende Anlage, beansprucht 5 Ampere bei 150 Volt und kostet 1900 Mark; der Apparat ist hier direkt mit dem Ventilator für die Luftverteilungsleitung verbunden. Auch die Garderobe und der Abort werden mit ozonifizierter Luft ventiliert; der Erfolg ist ausgezeichnet; die Arbeiter bleiben frischer, auch soll die belastigende Hitze dieses Sommers lange nicht so schwer empfunden worden sein. Die Produktion soll sich vermehrt haben.

Die Weberei, Appretur und Färberei Gebrüder Grokmann in Brombach hat mit dem Versuch der Ozonisierung der Saal-luft ohne Frischluftzuführung einen Misserfolg gehabt und will demnächst versuchsweise zu der besseren Methode übergehen; werden im kleinen günstige Resultate erzielt, so soll zur Ausführung im großen geschritten werden.

Monate lang die Entbehrungen eines Streiks auf sich zu nehmen. Es ist also grundverkehrt, wenn diese Arbeiter deshalb noch besondere Vorteile von ihrer Organisation verlangen, weil sie ihre Wünsche und Forderungen mit Hilfe der Organisation ohne Streik durchsetzen können. Die Löhne der Arbeiter auf den kaiserlichen Werften sind dieselben wie die der Arbeiter auf anderen Werften, sie können und müssen also auch dieselben Opfer für ihre Organisation bringen, die für sie nicht minder notwendig ist und nicht weniger tut, wie für die Arbeiter in der Privatindustrie.

Oberschleßisches.

Die oberchleßischen Industriellen wissen nur zu gut, daß Löhne und Lebenshaltung der oberchleßischen Arbeiter die denkbar schlechtesten sind und daß sie unter diesen Umständen keine qualifizierten, schafften Arbeiter halten können, wenn sie diese nicht auf irgend eine Art an den Betrieb fesseln. Diesen Zweck sollen nun die sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ erfüllen. Hier kommen wohl in erster Linie die Schlaf- und Familienhäuser in Betracht.

Wenn man den oberchleßischen Industriebezirk zum erstenmal betritt, so fällt es einem sofort auf, daß ganze Dörfer und Stadtteile ein lafrenemüdiges Aussehen haben. Weiterwärts, wo man hinschaut, sieht man die in Reich und Glub stehenden, alle nach einer Schablone gebauten, ranchschwarzten Gebäude. Es sind dies die Schlaf- und Familienhäuser. Unter einem einzigen Dache wohnen da bis zu 75 Familien.

In den Schlafhäusern werden vor allem die Ausländer untergebracht. Aber auch die einheimischen ledigen Arbeiter finden daselbst „billige“ Schlafgelegenheit. Wie „billig“ diese ist und welche Gewinne die Verwaltungen noch davon haben, kann man aus dem Nachfolgenden ersehen. In der Regel muß jeder Arbeiter für den Tag 10 Pfg. zahlen, macht aufs Jahr 3650 Mark. Wir haben Schlafhäuser getroffen, wo in einem verhältnismäßig kleinen Zimmer 24 Mann untergebracht waren. Diese 24 Mann bringen eine Jahresmiete von 876 Mark für das eine Zimmer auf. Hieraus ist ersichtlich, daß die Arbeitgeber es für sich leicht haben, „Wohlfahrts-Einrichtungen“ zu schaffen; von Uneigennützigkeit kann da doch nicht geredet werden, wo eine solche Miete einfließt. Welchem Hausbesitzer bringt ein solches Zimmer 876 Mark Miete im Jahre ein? Dabei muß bleibe das Haus in sauberem und wohlhüldem Zustande erhalten. Von den Schlafhäusern kann man das nicht sagen. Die Zimmer sind schmutzig und verdrüchert, der Fußboden drückig wie die liebe Erde und die Luft zum Ersticken. Hier paßt das Wort, das einst auf die Wohnungen der Gutсарbeiter angewendet wurde: Die Viehställe sind besser als die Arbeiterwohnungen.

In den Familienhäusern erhalten die verheirateten Arbeiter Wohnung. Ihr Zweck ist schon oben genannt; diesen erfüllen sie auch in der Tat. Ein Arbeiter, der in einem Familienhause wohnt, hat seine Rechte und Freiheiten so gut wie verkauft. Er darf sich nicht organisieren, er darf keine Gewerkschaftsversammlungen besuchen, weil er befürchten muß, daß die Spindel, die seitens der Verwaltungen in die Versammlungen entsandt werden, ihn denunzieren und er dafür an die Luft befördert wird. Nicht selten muß er bei politischen Wahlen darauf verzichten, seiner Gesinnung Ausdruck zu geben. Nicht besser geht es ihm bei den Wahlen zu den sozialpolitischen Körperschaften. Es ist daher kein Wunder, wenn bei Knappschäftsstellen, Arbeiterauswahl, Krankenkassen- und Pensionskassenwahlen die Arbeiter nur die Wertkandidaten oder gar nicht wählen. Kein Wunder ist's also auch, wenn sogar am Schiedsgericht für Arbeiterversicherung die Arbeiter nicht von Arbeitern, sondern von Direktoren, Berginspektoren und sonstigen Beamten vertreten werden, wie uns das aus der Rechtschuppensprache bekannt ist. So wird man es verstehen, wenn Invaliden hier häufig mit einer unverständlichen Begründung mit ihren Ansprüchen abgewiesen werden.

So unsozial viele dieser Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber handeln — man denke nur an den Massenimport ausländischer Lohnbrüder — um so nationaler können sie sich gebärden, wenn es um ihren Profit geht. Dann finden sie auch das Wort vom „Schutz der nationalen Arbeit“ für selbstverständlich. Mit ihrem Jammern und Klagen über den bevorstehenden Ruin der oberchleßischen Industrie durch den Druck der ausländischen Konkurrenz haben sie erreicht, daß im November des verfloßenen Jahres der Handelsminister v. Sydow nach Oberschlesien kam und ihnen erhebliche Zugeständnisse machte. So ist der Eisenbahntarif nach den Ostseehäfen für die Ausfuhr der Industrieerzeugnisse und ebenso für die Einfuhr von Eisenerzen aus Schweden und aus dem Siegerland stark ermäßigt worden. Gleichzeitig haben aber die Grubenverwaltungen beschlossen, die Löhne Kohlen um 60 Pfg. im Preise zu erhöhen. Man sieht, die Arbeitgeber gehen gleich aufs ganze. Wir Arbeiter haben nichts dagegen einzuwenden, wenn der oberchleßischen Industrie seitens des Staates Entgegenkommen bewiesen wird, weil wir anerkennen, daß sie sich in schwieriger Lage befindet. Aber wir müssen mit aller Entschiedenheit fordern, daß diese Kreise dann auch uns mehr sozialpolitisches Verständnis entgegenbringen. Wir müssen uns mit aller Kraft dagegen wehren, daß es nicht weiter versucht wird, die hiesige Industrie einzig auf Kosten der Arbeiterlöhne mit dem Auslande und den übrigen deutschen Bezirken konkurrenzfähig zu erhalten. Den maßgebenden Kreisen dürfte doch nicht unbekannt sein, daß ein Industriezweig nur dann blühen und sich konkurrenzfähig erhalten kann, wenn ihm eine kräftige, gesunde und leistungsfähige Arbeiterschaft zur Verfügung steht. Weil aber hier die Löhne zu gering sind, kann man in Oberschlesien nicht davon sprechen, das haben die Arbeitgeber schon selbst zugegeben.

Den Arbeitern Oberschlesiens möchten wir von dieser Stelle ausrufen: Alles Jammern und Klagen, alles Schimpfen und Fluchen ist nutzlos, wenn ihr euch nicht in eine Organisation zusammenschließt und bereit seid, die nötigen Opfer zu bringen. Folget nur dem Beispiel der Arbeitgeber, die Millionen an Vermögen besitzen und sich dennoch zur Wahrung ihrer Interessen in ihrem Berg- und Hüttenmännischen Verein eine Organisation geschaffen haben, die das ganze Wirtschaftsgebiet Oberschlesiens und darüber hinaus beherrscht. Schließt euch dem christlichen Metallarbeiterverband an; denn dieser hat die Interessen der Arbeiter der schweren Industrie am ersten und mit Nachdruck und Erfolg vertreten.

Aus der Arbeiterbewegung.

Kampf der Ibrale und dem Pessimismus.

Die christlichen Gewerkschaften bemühen sich mit großem Nachdruck, den Arbeitermassen nicht einseitig die Schattenseiten und Mängel unseres Wirtschaftslebens zu zeigen, sondern ihnen auch die Lichtseiten und großen Errungenschaften der Gegenwart

zum Bewußtsein zu bringen. „Die Gewerkschaft ist der natürliche Feind des wirtschaftlichen Pessimismus“, schreibt Kollege Theodor Brauer vom Generalsekretariat in Köln in seiner vorben erschienenen Schrift: „Gewerkschaft und Volkswirtschaft“. Die gewerkschaftliche Tätigkeit müsse den lähmenden Pessimismus überwinden, der, in geradezu unbegreiflichem Gegenfatz zu den auch der Arbeiterschaft zugute kommenden Errungenschaften, die Latkraft zu aufgehender Bildungsarbeit unterbinde. Hier sei der Weg, die ungeheuer erbitternde Einseitigkeit unseres Erwerbslebens erfolgreich zu bekämpfen und namentlich die Unwünsche des geradezu leidenschaftlichen und blinden Hasses gegen die Unternehmner und der Mißachtung ihrer Tätigkeit zu beseitigen.

„Nur ein Schauspiel kann beklagenswerter sein, als das, welches unser Erwerbsleben bietet. Die ungehauenen Errungenschaften, auf die das Land mit Stolz und Freude zurückblicken könnte, werden unausgeseht heruntergemacht. Anstatt uns der Höhe zu erfreuen, die wir erklommen haben, brücken wir uns gewissermaßen wie mühselgelaute Ruben am Abgrund der Hoffnungslosigkeit vorbei. Die Parteileidenschaft, der Haß und ihre Werkzeug: die Phrasen, zerbrechen das Volk und hindern namentlich den Arbeiter, seine Gestalt krafft emporkommen und seinen Weg im richtigen Bewußtsein seines Wertes zu gehen. In derselben Stunde, wo man ihm seine gewaltige Kraft mit Schlagern zum Bewußtsein zu bringen sucht, malt man seine Stellung als eine menschenunwürdige und vor weiß, was sonst noch, aus.“

Gedankenscher Klotz.

Unter der sensationellen Ueberschrift: „Eine Wendung im Gewerkschaftsstreit“, brachte die Rheinisch-Westfälische Zeitung Mitte April einen Artikel, wonach der Schreiber „aus allerbesten Quelle“ erfahren haben will, „daß gegenwärtig zwischen Rom, Breslau und Köln Verhandlungen in der Gewerkschaftsfrage schweben, um eine endgültige Regelung der Angelegenheit herbeizuführen“. Den Kern des mit wichtiger Miene zusammengebrachten Nachrichten bilden folgende Thesen, die eine Konferenz der preussischen Bischöfe am 14. Dezember 1910 (also vor 1½ Jahren) aufgestellt haben soll und die der Schreiber auf irgend einem unsauberen Wege aufgetrieben hat. Die Thesen lauten:

1. An gewerkschaftliche Organisationen, die für Katholiken sich eignen sollen, ist die Forderung zu stellen, daß die katholischen Mitglieder in allen das religiöse und sittliche Gebiet betreffenden Angelegenheiten des privaten, öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht zu einer Stellungnahme oder Handlungsweise veranlaßt werden, die mit den religiösen und sittlichen Pflichten des katholischen Christen nach dem Urteile des kirchlichen Hirtenamtes unvereinbar ist.
2. Es muß gefordert werden, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf die praktische Behandlung von Fragen gewerkschaftlichen Gebiets beschränken.
3. Es wird als notwendig erkannt, daß die katholischen Mitglieder solcher Gewerkschaften, die neben Arbeitervereinen bestehen, zugleich Mitglieder der kirchlich organisierten und geleiteten katholischen Arbeitervereine sind.
4. Von den Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen wird erwartet, daß sie etwaigen Versuchen, den Einfluß der katholischen Kirche auf das gesamte religiös-sittliche Gebiet im Leben der Katholiken zu schwächen, mit ruhiger Entschlossenheit und offener Rundgebung kirchlich treuer Gesinnung entgegenzutreten.
5. Das Urteil darüber, ob Gestalt und Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entsprechen, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen. Daher haben die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) sowohl, wie die christlichen Gewerkschaften sich nicht gegenseitig zu verfeuern und in Kontraversfragen eine jede verletzende und verbitternde Behandlung zu vermeiden.

Treffend bemerkte zu diesem sensationell aufgedruckten Intrigenstück das Zentralblatt: Die in 1—4 ausgeprochenen Gedanken in den vorstehenden Thesen enthalten für die christlichen Gewerkschaften nichts neues. Technische Gedanken wurden schon wohl von sämtlichen Agitatoren unserer Bewegung zur Begründung der christlichen Gewerkschaften ausgeprochen.

Was hätte es denn bei Ablehnung dieser Gesichtspunkte für einen Sinn gehabt, besondere christliche Gewerkschaften zu bilden?

Die These 5 richtet sich in der Sache lediglich an die Adresse der katholischen Fachabteilungen. Diese hatten die christlichen Gewerkschaften von 1902—1910 unausgeseht verkehrt, sie seien vom religiösen Standpunkt aus nicht einwandfrei. Den christlichen Gewerkschaften ist umgekehrt eine solche Verkeuerung in den Sinn gekommen; sie haben den katholischen Fachabteilungen lediglich stets vorgehalten, daß sie die Arbeiter in gewerkschaftlicher Hinsicht unzulänglich zersplittert und ihnen keine wesentlichen Vorteile verschaffen könnten. Mit Verkeuerung hat diese Bekämpfung nichts zu tun. Aus dem tatsächlichen Hintergrund betrachtet lautet These 5: „Das Urteil darüber, ob Gestalt und Wirksamkeit einer gewerkschaftlichen Organisation den kirchlichen Grundsätzen entsprechen, bleibt dem kirchlichen Hirtenamt überlassen.“ — und nicht den unberufenen Kapitalwächtern von „Sitz Berlin“. Die Verkeuerung der christlichen Gewerkschaften seitens der katholischen Fachabteilungen hat denn auch in Deutschland selbst seit Ende 1910 erheblich nachgelassen; bald hat man allerdings vom Auslande her verstärkte Bombardements gegen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands eröffnet.

Mit der Einengung der organisatorischen Selbständigkeit, die einige Gegner der christlichen Gewerkschaften für diese aus den Thesen herausgelesen haben wollen, ist es nicht. Welche Richtlinien kirchliche Autoritäten für die einzelnen Angehörigen ihrer Kirchengemeinschaft bei der Mitwirkung in wirtschaftlichen Organisationen aufstellen, ist eine Sache für sich. Die Differenzpunkte zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen liegen an anderer Stelle und zwar in der Frage: ob auf die Entscheidung und die Wirksamkeit von Organisationen, die sich aus Angehörigen beider Konfessionen zusammensetzen, den kirchlichen Stellen einer solchen Anfinnen ist, mit Ausnahme von unberufenen Vertretern der katholischen Fachabteilungen, noch von keiner autoritativen kirchlichen Stelle weder direkt noch indirekt an die christlichen Gewerkschaften Deutschlands gestellt worden.

Das ist der Kern der Sache. Wenn sich daher heute noch bürgerliche Zeitungen finden, die von den in den besprochenen Thesen aufgestellten Richtlinien einen „Wendepunkt im Ge-

*) Gewerkschaft und Volkswirtschaft. Gedanken und Hinweise von Th. Brauer. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912. Preis 2,50 M. Vom christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstraße 147, zu beziehen.

werkschaftsstreit“ erwarten, und dabei die tollsten Kombinationen zusammenreimen, so zeigt sich dabei wieder einmal die Tatsache, mit welcher Oberflächlichkeit vielfach Tagesjournalistik gemacht wird. Was die sozialdemokratische Tagespresse bei Gelegenheit der Veröffentlichung der Thesen aus ihren agitatorischen Interessen zusammenschrieb, lohnt sich nicht, auch nur mit einem Wort erwähnt zu werden.

Der Zentralverband deutscher Eisenbahnarbeiter und Arbeiter (Sitz Eberfeld)

trat am 16. Mai in Eberfeld zu seinem zweiten Verbandstag zusammen. Der eigentlichen Tagung ging eine Massenversammlung der deutschen Eisenbahnarbeiter und -arbeiter voraus, die sich zu einer machtvollen Kundgebung für die Ideen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gestaltete. Zahlreiche Reichstagsabgeordnete der bürgerlichen Parteien, darunter fast ausnahmslos die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, hatten sich eingefunden. Graf Posadowsky nahm das Wort zu einem Vortrage über die Stellung der Eisenbahnbediensteten in Staat und Gesellschaft. An den Anfang seiner Rede stellte er ein politisch-religiöses Glaubensbekenntnis, indem er betonte, daß er mit den Anwesenden in der christlichen Weltanschauung die Grundlage jeder Lebensführung und in der monarchischen Gesinnung die Grundlage aller inneren Wohlfahrt und allen äußeren Ansehens des Staates erblicke. Des weiteren verbreitete sich Redner über das Verhältnis zu Staat und Monarchie. Ein vertrauensvolles Einvernehmen zwischen dem Staat und seinen Bediensteten ergebe sich aus diesen Umständen als eine Notwendigkeit.

Als zweiter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Liz. Mumm (Berlin). Er wies auf das große Heer der Eisenbahnangestellten hin, das heute schon 350 000 Mann umfaßt und alljährlich um fast 20 000 steigt. Die Eisenbahnbediensteten stehen in einem Treueverhältnis zu Kaiser und König, und da gibt es nur ein Entweder — Oder. Entweder man duldet die Sozialdemokratie und zieht daraus die Konsequenzen, oder man steht in dem Treueverhältnis zum Kaiser. Aber von dem einen das Brot nehmen und dem andern heimliche Dienste leisten, das ist nicht die Sache aufrechter Männer. Von stürmischem Beifall begrüßt, ergriff dann das Wort Reichstagsabgeordneter Hedmann-Dozum. Er betonte die beiden Kennmerkmale unserer Bewegung: christlich und national, und trat für eine kräftige Förderung unserer Sozialpolitik ein. Nachdem noch Generalsekretär Stegerwald und Landtagsabgeordneter Beyer-Dortmund gesprochen hatten, schloß die importante Kundgebung, an die sich an den beiden folgenden Tagen der eigentliche Verbandstag angeschlossen.

Sozialdemokratischer Terrorismus.

Ein kraffes Beispiel sozialdemokratischer Unbarmherzigkeit lieferten am 20. Mai die im roten „Deutschen“ Metallarbeiterverband organisierten Schläger bei der Firma F. W. Raub in Solingen-Foche. Schon wiederholt brüsketen diese „Helden“ sich damit, daß im Schlägereibetriebe dieser Firma nur Mitglieder des „Deutschen“ gebildet würden. Am genannten Tage trat nun ein Mitglied unserer Zahlstelle Haan bei der Firma Raub in Arbeit. Der rote Vertrauensmann erhielt auf seine sofort an den Kollegen gestellte Frage die Auskunft, daß letzterer Mitglied im christlichen Metallarbeiterverband sei. Darauf wurde unserem Kollegen bedeutet, daß er sein Mitgliedsbuch mitzubringen und in den „Deutschen“ Metallarbeiterverband überzutreten habe — sonst! so drohte der Genosse, „fliegt du hier wieder heraus“! Unser Kollege erklärte, nicht übertreten zu wollen und ging an seine Arbeit.

Als die Genossen sahen, daß auf diese Weise der christliche Arbeitskollege nicht von der Notwendigkeit der sozialdemokratischen Organisation zu überzeugen war, wurden schärfere Saiten gegen ihn aufgezogen. Gegen 1/11 Uhr wurde ihm ein Stück Stahl von 15 Zentimeter Länge von hinten gegen das Bein geworfen. Mittlerweile war es Mittag geworden und der Uebetritt zum roten „Deutschen“ noch immer nicht erfolgt. Als unser Kollege nach der Mittagspause die Arbeit wieder aufnehmen wollte, waren Harz und Bange verschwunden. Er konnte also nicht weiter arbeiten. Diese Heldentat der Genossen schlug dem Faß den Boden aus.

Zwar erfolgte der Uebetritt noch immer nicht. Aber der christliche Arbeiter ging zum Meister hin und erklärte, unter diesen Verhältnissen nicht länger bleiben zu können; er müsse, durch die Rohheit seiner sozialdemokratischen Arbeitskollegen gezwungen, den Betrieb wieder verlassen. Die Genossen vom „Deutschen“ bei der Firma F. W. Raub werden sich jetzt freuen, den christlich organisierten Arbeitskollegen wegen seiner Gesinnung brotlos gemacht zu haben. Hart ist es für einen Arbeiter, wenn er vom Unternehmer wegen Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation auf die Straße gesetzt wird. Wie viel mehr Bitterkeit muß es abgeben, wenn ihm seine eigenen Kollegen aus seiner Gesinnung willen, das Arbeiter um seinen Lebensunterhalt unmöglich machen.

Diese Vorgänge mögen allen Metallarbeitern, die noch einen Funken von Freiheitsliebe und Kollegialität besitzen, zeigen, wo sie hingehören. Bemerkenswert ist, daß derartige Dinge in Solingen vorkommen, wo doch die Genossen vor ihrer eigenen Tür einen Haufen Unrat liegen haben, der nach gerade zum Himmel stinkt. Vielleicht glauben die sozialdemokratischen Metallarbeiterverbände ihren gegenwärtigen Bemühtungskampf gegen den Industriearbeiterverband nunmehr auch schon auf die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes ausdehnen zu müssen. Da werden sie sich aber gründlich verrechnen. Im Gegenteil, die Vorkommnisse werden jedem Metallarbeiter, der noch etwas Ehrgefühl im Leibe hat, die Augen öffnen.

Rundschau.

Ueber den Arbeiterwechsel in der schweren Eisenindustrie enthält der Geschäftsbericht der Betriebskrankenkasse der Gutchoffnungshütte in Oberhausen interessante Angaben. Im Jahre 1911 betrug die durchschnittliche Arbeiterzahl des genannten Werkes 11 832. Davon sind 6749 oder 56 Prozent ausgehieben. Von den 11 832 Mitgliedern der Betriebskrankenkasse erkrankten 7606 oder 64,28 Prozent der Gesamtbelegschaft, gegen 62,96 Prozent im Vorjahre. Die durchschnittliche Krankheitsdauer stieg von 18,06 Tagen im Jahre 1910 auf 19,18 Tagen im Jahre 1911. Diese Zahlen wirken für sich.

Aus der Metallindustrie. Die Fahrzeugfabrik Eisenach erzielte 208 000 Mark Reingewinn, worin 150 000 Mark als 5 Prozent Dividende verteilt worden. — Die A. G. Maschinen- und Dampfmaschinenfabrik in Duisburg verzeichnet einen Reingewinn von 166 000 Mark; die Dividende beträgt 8 Prozent. — Der Abschluß der Rheinischen Dynamitfabrik in Köln ergab einen Reingewinn von 266 000 Mark, die Dividende beträgt 240 000 Mark oder 20 Prozent.

Erholungsurlaub hat als erste Privatgesehe den Ruhrkohlenbezirks die Besche Amalie zu Essen-Mindenberf gewährt. Die Besche hat eine Belegschaft von 1200 Mann. Jeder Bergmann, welcher dreißig Jahre alt und fünf Jahre ununterbrochen bei ihr beschäftigt ist, erhält einen jährlichen Erholungsurlaub von fünf Tagen, wobei die Schichtvergütung für die fünf Urlaubstage bis zum Betrage von 25 M. fortbezahlt wird. Der Arbeiterauschuss, der von Vertretern des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter besteht, hat diese Neuierung bei Gelegenheit der Ausschüßerhandlungen im März d. J. festgelegt. — Diese Einrichtung kann der Eisengroßindustrie nur zur Nachahmung empfohlen werden.

Bur Frage der Tarifverträge vertritt die „Monsatsschrift für die Margarine-Industrie“ einen anerkenntswerten Standpunkt. In einem Artikel, betitelt: „Arbeitsbedingungen in der Margarine-Industrie“, kommt das Blatt zu folgendem Schluß: „Da ein den jeweiligen Verhältnissen angepaßter Arbeitsvertrag, auch dem Arbeitgeber geordnete Zustände sichert, also beiden Parteien dienlich ist, erscheint es wünschenswert, daß Dulsibers unter den Fabrikanten sich mit dem Gedanken daran vertraut zu machen. Es ist nicht mehr Zeitgemäß, sich auf den Standpunkt zu verstellen: „Ich lasse mir in meine Angelegenheiten nicht hineinreden!“ Die Produzenten eines Volksernährungsmittels haben mehr als andere die Pflicht, an der Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft mitzuwirken.“ — Man wird es aufrichtig begrüßen können, daß sich im Unternehmerlager die Stimmen mehr, die dem sozialen Frieden in solch nachdrücklicher Weise das Wort reden.

Das Jahrhundert des werktätigen Volkes. Einer der populärsten Redner und entschiedensten Vorkämpfer des christlichen Organisationsgedankens in Holland, Herr Dr. Boels, gibt in einem Artikel der Ansicht Ausdruck, das 20. Jahrhundert sei bereits und würde in noch viel höherem Grade das Jahrhundert des werktätigen Volkes werden. Die Macht, die Welt zu regieren, ruhe in der Hand des Arbeitmannes. Viele würden das bezweifeln, denn was vermöge ein einfacher Arbeiter, ein armer Bergmann oder Fabrikarbeiter, wo selbst die Macht eines deutschen Kaisers ihre Grenzen habe:

„Mein, auf sich selbst angewiesen,“ fährt Dr. Boels fort, „vermag allerdings der einzelne Arbeiter nichts. In festem Zusammenschluß dagegen und auf Grund einer guten Organisation verfügen die Arbeiter heute über eine Macht, die nicht überwinden werden kann. Was auf den ersten Blick einem Wahne oder einer Unmöglichkeit ähnlich sieht, ist eine Wahrheit, welche keine Geister begreifen können, sobald man an die furchtbare Macht denkt, die auf allen Gebieten durch die „Masse“ geschaffen wird. In einzelnen Regentropfen hängt Wasser machtlos an den Zweigen der Bäume und Sträucher; die „Masse“ bildet das Meer. Der Wucht seiner Wellenberge kann nichts auf der Welt Widerstand leisten. Lose Schneeflocken vermögen nicht einmal einen Schneeball zu bilden, mit dem die Kinder spielen, die „Masse“ bildet die Gletscher, die durch ihre eigene Schwere Granitfelsen auseinander treiben.

In den Tagen von Kardinal Manning (der zurzeit der großen Londoner Dockarbeiterbewegung von 1889 die Arbeiter und die Allgemeinheit auf die Wichtigkeit der Organisation mit bereiten Worten hinstieß) waren ihrer erst wenige, die voll und ganz verstanden, daß das 20. Jahrhundert in der Tat eine neue Periode in der Geschichte der Menschheit eröffnen würde. Nur Männer mit einer prophetischen Sehensgabe, wie sie dem Genie eigen ist, sahen schon damals deutlich ein, daß in der Zukunft weder Wohl noch Mittelstand, zunächst und vor allem aber das arbeitende Volk, über die Zukunft der europäischen Völker zu beschließen berufen sein würde. Heute ist dies auch für gewöhnliche Sterbliche kein Geheimnis mehr.

Eine weltgeschichtliche Aufgabe von unermeßlicher Bedeutung ist es, die im arbeitenden Volk schlummernden Kräfte in die richtigen Bahnen zu lenken, wo sie nicht in zerstörendem, sondern aufbauendem Sinne zum Wohle des Menschengeschlechtes wirken können.

Warum die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften so wenig gewerkschaftliche Disziplin zeigen, untersucht im Correspondenzblatt der „freien“ Gewerkschaften der Grundsteinredakteur Winnig. „Gewisse“ Winnig kommt zu folgender Lösung:

„In der Praxis bilden wir feste, dauernde Organisationen, rechnen wir nichtern auf Jahrzehnte mit der Fortdauer der bestehenden Wirtschaftsordnung: in den Statuten unserer Verbände ist die Stützungsgründe der Unterhaltungsätze auf zwanzig Jahre voraus berechnet, in der jetzt in der Bildung begriffenen „Volkswirtschaft“ rechnen wir mit Menschenaltern: aber im Bewußtsein sehr großer Mitgliederkreise liegt der große Tag des jüngsten Gerichts und der endgültigen Erlösung sozusagen in der Luft — eine große Massenaktion, und der Kulturstaat liegt am Boden, seine Trümmer aber formen sich langsam, durch eine ihnen innewohnende Kraft bewegt, zur neuen Gesellschaft zusammen. Dieser Widerspruch zwischen der Auffassung sehr großer Mitgliederkreise von der Neugestaltung des sozialen Lebens einerseits und der uns durch die tatsächlichen Zustände andererseits aufgenötigten Praxis ist der Grund, auf dem die meisten Konflikte erwachsen.“

Kann man besser, als es hier geschieht, die Unvereinbarkeit praktischer Gewerkschaftsarbeit mit den Zielen sozialdemokratischer Illusionspolitik darstellen? Und doch laufen dieselben Gewerkschaften der Partei nach, die sie immer nur in weitere Konflikte bringt.

Die Maisfeier, das Schmerzenskind der sozialdemokratischen Gewerkschaften, ist für die Berliner Holzarbeiter ganz besonders unangenehm verlaufen, und das kam so: Am 1. Mai festlichen die Vertreter des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes ihre Tätigkeit beim obligatorischen paritätischen Nachweis in Berlin ein. Dazu wurde der Arbeitsnachweis am „Welfenfesttag“ von roten „Streikposten“ förmlich belagert. Da so jede Vermittlungstätigkeit des Nachweises unterbunden wurde, zogen auch die Arbeitgeber ihre Vermittler zurück. In der „Nachzeitung“ Nr. 18 der Arbeitgeber wurde von der Tischlerinnung Berlin die Zurückziehung der Vermittler bekannt gegeben und betont: „Es besteht daher zurzeit ein paritätischer Arbeitsnachweis in der Berliner Holzindustrie nicht mehr.“ Eine Sitzung des Kuratoriums des Arbeitsnachweises führte nicht zur Verständigung. Die vereinigten Unternehmerverbände riefen nun das Einigungsamt des Gewerbebezirks an. Sie beantragten eine Entscheidung über folgende Fragen:

Ist der sozialdemokratische Holzarbeiterverband berechtigt, seine Mitglieder zu veranlassen, an einem beliebigen Tage die Arbeit niederzulegen? 2. Ist ein solches Verhalten ein Vertragsbruch, der die sofortige Entlassung der arden den Willen

des Arbeitgebers Feiern den rechtfertigt? 3. Ist der sozialdemokratische Verband berechtigt, die von ihm gestellten Vermittler an einem beliebigen Tage zurückzuziehen? 4. Darf seitens der sozialdemokratischen Organisation für eine bestimmte Zeit die Sperre über den paritätischen Arbeitsnachweis verhängt werden? 5. Muß der paritätische Arbeitsnachweis jedem Arbeiter, gleichviel wie und ob derselbe organisiert ist, ohne jede Belästigung zur ungehinderten Benutzung offen stehen?

Bezüglich des ersten Punktes entschied das Einigungsamt dahin:

„Der deutsche Holzarbeiterverband ist nicht berechtigt, seine Mitglieder zu veranlassen oder zu bestimmen, während der Dauer des Vertrages an einem beliebigen Tage die Arbeit niederzulegen.“

Tamit war der sozialdemokratische Verband für seine Majorität tariflich erklärt. Die Arbeitgeber erklärten sich nach diesem Schiedsspruch bereit, ihre Vermittler wieder auf den Nachweis zu schicken, damit dort der normale Zustand wieder hergestellt werde. Zu den übrigen Differenzpunkten sollte das Einigungsamt dazu am 10. Mai Stellung nehmen. Zu einer Entscheidung der anderen Streitfragen ist es aber nicht gekommen. Bei Eintritt in die Verhandlungen lehnte zunächst der sozialdemokratische Holzarbeiterverband einen Arbeitgeberbesitzer ab. Dieser wurde dann durch einen anderen ersetzt. Als dann trotzdem der vom sozialdemokratischen Verband erhobene Einspruch gegen den vorerwähnten Schiedsspruch des Einigungsamts zurückgewiesen wurde, erklärten die sozialdemokratischen Verbandsvertreter, nicht weiter verhandeln zu können. Der Schluß war, daß Herr Obermeister Kahardt erklärte, damit sei das Einigungsamt für das Berliner Holzgewerbe in die Brüche gegangen, es bestehe nicht mehr.

Der „Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, bezeichnet das Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes als geradezu standlos und bemerkt mit Recht: Wenn in einem Vertrage Schlichtungskommissionen und Einigungsämter vorgesehen sind und die Parteien sich verpflichtet haben, die hier zu fallenden Entscheidungen anzuerkennen, dann muß das seine Gültigkeit behalten, gleich, in welchem Sinne die Schiedssprüche getätigt werden. Wenn jede Partei, die glaubt, nicht zu ihrem Recht gekommen zu sein, sich die Freiheit nimmt, den vertraglich festgelegten Bestimmungen entgegenzuhandeln, so wird damit eine Anarchie geschaffen, die dem gewerblichen Vertrags- und Einigungswesen direkt zuwider ist. Eine derartige „Vertragsstreu“ ist Humbug und einer Organisation von ernstern Männern unwürdig.

Die Beweggründe, die den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband veranlassen, die Bergleute in den aussichtslosen Streik zu treiben, waren nicht gewerkschaftlicher Natur, d. h. es geschah nicht zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das ist zwar keine neue Tatsache, sondern das war den christlichen Gewerkschaften schon vor Ausbruch des Streiks bekannt; sie beteiligten sich darum auch nicht an der verfehlten Aktion. Darauf legte bekanntlich in der ganzen roten Partei- und Gewerkschaftspresse ein inames Streikbrechergeheul ein. Jetzt geben die Genossen aber selber zu, daß es sich bei dem Streik nicht um Besserung der Bergarbeiterlage gehandelt hat. „Genosse“ Bolorn, der frühere Redakteur der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“, und jetzige Wafschettelmacher in der Lützelborfer Meiningfabrik, bekannte dieses in seiner „Maisfeierrede“ in Reddinghausen-Süd. Angesichts der häufigen Beteiligung an der Maisfeier und der geringen Zahl der Versammlungsteilnehmer rebete er den Genossen Mut zu, wenn auch die Schlacht verloren sei.

„Den Genossen sei bekannt, daß es sich beim letzten Streik weniger um die Lohnfrage gehandelt habe. Die Lohnbewegung sei nur lediglich deshalb aufgenommen worden, um Klarheit in der Arbeiterbewegung zu schaffen.“

Dem wollen wir nichts anfügen.

Ueber die Geschichte des sozialdemokratischen Volkshauses in Hagen lesen wir in den „Hagener Neuesten Nachrichten“ (Nr. 107/1912) unter anderem:

„Wie ein Auschnitt aus einer tollen Burleske mutet ein Bericht über eine Bühnenrevision an, die Herr M., der Vorbesitzer des Etablissementes einmal im Büro der Volkshaus-G. m. b. H. vorgenommen hat. Angesichts des schlechten Geschäftsganges seit der Besitzübertragung, hatte sich Herr M., dessen ganzes Vermögen in dem Haus investiert war, veranlaßt gesehen, bei der Volkshaus-G. m. b. H. einmal nach dem Rechten zu sehen. Er ließ sich nach vorheriger Berufung mit Vorstandsmitgliedern der Volkshaus-G. m. b. H. Bücher und Kassenscheine vorlegen, um die kaufmännische Geschäftsführung einer eingehenden Prüfung unterziehen zu können. Dabei ist es ihm höchst kurios ergangen. Zunächst verteilte sich Herr M. in das Studium der Kassenscheine. Von einer ordnungsmäßigen Uebertragung der einzelnen Posten war absolut nicht die Rede, auch die sogenannten Belege zeigten sich höchster Unordnung. Herr M. gab sich nichtsdestoweniger aus Wert, um sich aus dem vorhandenen Material ein einigermaßen klares Bild zu verschaffen. Wenn er aber des Abends das Kontor verlassen hatte, so schienen dort Kobolde ihr Unwesen zu treiben. Denn wenn er am nächsten Morgen das Kontor wieder betrat, dann fand er zwar die Kassenscheine vor, aber er mußte beim Durchblättern feststellen, daß inzwischen die Folios und die einzelnen eingetragenen Posten sich offenbar verändert hatten. Er kam dann auch bald dahinter, daß die G. m. b. H. über zwei äußerlich vollkommen gleiche Kassenscheine verfügte, daß man aber Nacht offenbar nachgesehen hatte, wie weit er mit seiner Revision war, und daß man ihm bei dieser Gelegenheit die Kassenscheine vertauschte. Natürlich stellte er nun das bestimmte Verlangen, auch die zweite Labbe ansgehändig zu erhalten, die ihm dem schließlich auch übergeben wurde. Nun erkannte man aber ein anderes Mittel, um ihm die Revisionsarbeit zu erleiden. Als Herr M. an einem kalten Wintertage ahnungslos in dem Kontor saß, um seine Revisionsarbeit fortzusetzen, erschien plötzlich der Geschäftsführer Müller von der Volkshaus-G. m. b. H. in Begleitung eines Hausdieners und schaffte mit diesem den angeheizten Ofen aus dem Zimmer! Herr M. bedeutete man, der Ofen werde anderweitig benützt! Da Herr M. keine Lust verspürte, bei einigen Grad unter Null in dem ungeheizten Raum weiter zu arbeiten, stellte er molens volens seine Tätigkeit bei den Däumern ein.“

Das läßt tief bliden! würde Sabotagen. Und der Genosse, der da meinte: „Wir Sozialdemokraten... möglich, wo wir möglich können,“ scheint seine Bappenheimer auch zu kennen.

Streits und Lohnbewegungen.

Warteln. Einen schönen Erfolg haben die Arbeiter der Firma Gabriel und Bergenthal, Neuhaus und Dittmann A.-G. (Mehsenfabrik), zu verzeichnen. Schon seit Jahresfrist beugen die Kollegen den Wunsch, ihre Löhne aufzubessern. Aber die Geschäftslage und andere Umstände waren nicht dazu angetan, eine Forderung mit Erfolg durchzubringen. Nachdem nun im letzten Winter auch hier eine bessere Konjunktur eingetreten war, haben die Kollegen nach einigen vorhergehenden Werkstattversammlungen, an denen die Vertreter der Organisationen teilnahmen, ihre Lohnforderungen aufgestellt und der Firma am 1. März unterbreitet. Die Verhandlungen, die zwischen der Direktion und dem Arbeiterauschuss stattfanden, zeitigten nach ungefähr vier Wochen folgendes Resultat:

Für ungefähr 100, meist im Afford arbeitende Kollegen wurde eine Lohnhöhung von 20—50 Pfennig pro Tag erzielt. Die Stundenlöhne für die Dreherei wurden festgelegt je nach Alter und zwar bis 40 Pfennig pro Stunde, während früher der Höchstlohn 32 Pfennig betrug. Für die Handschmiede und Hammer schmiede wurde der Stundenlohn von 40 auf 50 Pfennig erhöht, aber nur für Schmiedearbeiten. Für sonstige, im Tagelohn verrichtete Arbeiten erhalten die Schmiede 40 Pfennig pro Stunde. Für die Schweißler und Hammerführer wird der Tagelohn je nach Alter festgesetzt.

Die Patentachsenarbeiter sind bei dieser Bewegung leer ausgegangen. Die Ursache hierfür soll nach den Angaben der Direktion in der großen Konkurrenz bei diesen Achsen zu suchen sein. Bessere zwingt die Firma, die Patentachsen weit unter Preis zu verkaufen. Da an diesen Achsen nichts mehr zu verdienen sei, sollten sie in Zukunft nicht mehr gemacht werden. Inwiefern ersteres richtig ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Was den 2. Punkt anbelangt, so ist bis heute noch nichts davon zu spüren. Sollten die Patentachsen weiter fabriziert werden, dann gilt für diese Arbeiter das Sprichwort: „Aufgehoben ist nicht aufgehoben.“

Mit den Lohnhöhungen, die am 1. April in Kraft traten, können die Kollegen im allgemeinen zufrieden sein. Wenn nicht alle unsere Forderungen erfüllt sind, so liegt das zum Teil an jenen Arbeitern, die es noch immer nicht einsehen wollen, daß nur durch eine geschlossene und starke Organisation etwas zu erreichen ist. Für Schnaps und allerhand andere entbehrliche Sachen haben sie mandmal je den Tag 40, 50 und 60 Pfennige übrig, aber wöchentlich 60 Pfennig für die Organisation zahlen, nein, das geht nicht. Mögen auch diese endlich einmal einsehen, daß sie in die Organisation gehören und durch sofortigen Beitritt das Veräumte nachholen. Kollegen, soll das Strungene festgehalten werden, dann dürfen wir uns nicht leiten lassen von jenen, die den Wert und Nutzen der Organisation nicht anerkennen wollen. Diese haben meist doch nur den einen Hintergedanken, von der mühevollen Arbeit und den Opfern der andern zu schmarnzen. Für uns muß es heißen: Mutig vorwärts, bis auch der letzte Mann unserer Organisation zugeführt ist. Erst dann werden wir in der Lage sein, den uns zustehenden Platz an der Sonne zu erobern.

Das Ende des Kampfes in der Frankfurter Metallindustrie

Eine stark besuchte Versammlung aller an diesem Kampfe beteiligten christlich organisierten Arbeiter fand am 24. März im Karlsruhause zu Frankfurt a. M. statt. Ueber die am 21. März in Nürnberg stattgefundenen Verhandlungen berichtete Bezirksleiter Kollege Scherer, welcher dabei als Vertreter der christlichen Arbeiterschaft zugegen gewesen war. Er schilderte zunächst die Zusammensetzung der Verhandlungsfaktoren, die, infolge verschiedener Auffassung der Einladungen, im letzten Augenblick noch Schwierigkeiten bereitete. Zur Wahrung des „Prinzips“ mußten selbst einige anwesende Vertreter der streikenden Frankfurter Arbeiterschaft zurückstehen und durften nur als „Gäste“ den Verhandlungen beiwohnen. So erging es den Vertretern der christlichen Arbeiter, der Kirch-Dunderschen und auch den anwesenden Verbandsbeamten der „freien“ Holzarbeiter und Maler.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen selbst folgendes: Als Fortschritt in der Lohnfrage ist eine bestimmte Aufbesserung der Löhne zu verzeichnen. Diese beträgt jetzt für alle Arbeiter bis zu einem Stundenlohn von 45 Pfg. je 2 Pfg. Ebenso auch für die gelernten Berufsarbeiter, die einen Stundenlohn von 50 Pfg. bereits haben. Höhere Stundenlöhne sollen einer Durchsicht unterzogen werden und kann dann eine Aufbesserung vom Arbeiterauschuss bei der Betriebsleitung vertreten werden. Wo auf diesem Wege eine Einigung nicht zu erzielen ist, kann die Organisationsvertretung diesfalls an die Betriebsleitung und eventuell auch an die Verbandsleitung der Unternehmer herantreten. Bezüglich der Einstellungslohnne ist ein praktisches Resultat nicht erzielt worden, was der Referent persönlich aus verschiedenen Gründen sehr bedauert. Für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten soll ein Zuschlag von 25 bis 40% bezahlt werden. Schlechte Afforde sollen ausgebessert werden, was in der Praxis jedoch noch zu manchen Schwierigkeiten führen dürfte. Bei neuen Afforden soll ein angemessener Verdienst gesichert werden. Der Begriff „angemessener Verdienst“ wurde in den Abmachungen präziser gefaßt und festgelegt. Auch wurden bezüglich der nicht abzugsfähigen Stunden von der gesamten Arbeitszeit feste Normen geschaffen.

In der Hauptfrage, Verkürzung der Arbeitszeit, war es nicht möglich, mehr als das bereits früher zugestandene zu erreichen. Die wiederholt und bestimmt abgegebene Erklärung der Unternehmer, unter keinen Umständen unter 56 Stunden wöchentlich herabzugehen, ließ die Arbeitervertreter schließlich zu dem einmütigen Beschluß kommen, von einer weiteren Verkürzung für diesmal Abstand zu nehmen und der Arbeiterschaft die Annahme der 56stündigen Arbeitszeit zu empfehlen. Von den Unternehmern wurde jedoch zugesichert, daß keinerlei Maßregelungen vorgenommen werden sollten und alle Arbeiter an ihre alten Plätze eingestellt würden. Keinerlei erzwungene Abstände sollen verloren gehen. Da namentlich bei den Ablerwerfen der Betrieb erst nach und nach wieder in geordnete Bahnen geleitet werden kann, wurde noch festgelegt, daß sich die Unternehmer verpflichten, innerhalb der ersten 6 Wochen nur Arbeiter einzustellen, die am Streik beteiligt waren. In allen Betrieben, wo bereits bessere Verhältnisse bestehen, dürfen diese nicht verschlechtert werden, wie andererseits die günstigeren Verhältnisse baldmöglichst auf alle Betriebe in Süddeutschland ausgebeht werden sollen. Nach kurzer Diskussion wurden die Abmachungen einstimmig angenommen. Wenn auch mancher Wunsch und manche berechtigte Forderung der Kollegen noch der Erfüllung harri, so war das Ergebnis doch immerhin so, daß die Kollegen zustimmen konnten. Mögen aber auch nunmehr die christlich und national gesinnten Arbeiter Süddeutschlands die rechte Lehre aus diesem Kampfe ziehen und sich ungeklämt dem christlichen Metallarbeiterverbande anschließen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Verhandlungsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Gewelsberg. Bei der Firma W. Schmidt, Schlossfabrik und Temperiererei stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf-Gerechtheim. In der Drahtstiftfabrik Dreher u. Sohn stehen die Arbeiter im Streik.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkerel in Selsweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Frier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner der Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Ausnahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hohenstraße 12 zu melden.

Hagen. Die Arbeiter der Firma Kraemer u. Freund (Heberichter, Schleifer usw.) stehen wegen Ablehnung ihrer Forderungen im Streik.

Machen. Die hiesigen Formner und Geleherarbeiter stehen im Streik.

Düsseldorf-Grevenbroich. Ueber die Drehererei der Maschinenfabrik Klingelhöffer ist die Betriebsperre verhängt.

Hannover. In der Metallindustrie von Hannover und Umgebung ist eine Bewegung zwecks Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet. Zureisende Kollegen haben sich deshalb vor Ausnahme von Arbeit im Büro, Kanonenwall 16, zu melden.

Verdohl. Ueber die Firma J. W. Dunler ist wegen Maßregelung die Sperre verhängt. Die Schleifer stehen im Streik.

Düsseldorf-Rath. Bei der Firma Poensgen sind Differenzen ausgebrochen. Ueber das Werk ist die Sperre verhängt.

Bedum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zuzug von Schloßern, Drehern, Schmieden und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Verdohl. Die Firma Gebr. Honsel in Gveling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Herdingen-Kaldenhäusen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Röhr ist die Sperre verhängt. Zuzug von Drehern, Schloßern, Formnern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Zuzug ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Die Sperre über die Maschinenfabrik Malmebie & Co. ist aufgehoben. Die Meister haben das Recht erhalten die Beschwerden der Arbeiter selbständig zu erledigen. Akkordabzüge sollen nicht mehr stattfinden. Die wöchentliche Löhnung wird eingeführt.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. Juni der dreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Juni fällig.

Die Ortsverwaltung Gewelsberg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. ab 1. Juni d. J. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Der Schleifer Josef Klotz, Buchnummer 134 100, ist auf Antrag der Ortsgruppe Verdohl wegen Streikbruchs aus dem Verbandsgebiet ausgeschlossen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Flensburg. Die hiesigen Genossen fühlen wieder einmal das Bedürfnis, in ihrer roten „Volkszeitung“ die christl. Gewerkschaftler Flensburgs bis auf ein „Wäckerbüßend“ aus der Welt zu schimpfen. Warum? Nun, sie besiel so ein unangenehmes Gefühl der Furcht, Abdrücken nennt man gewöhnlich, als sie sich am 5. Mai morgens die Augen rieben und gewahrten, daß die christlichen Gewerkschaften den Einwohnern Flensburgs durch ein Flugblatt den wahren Sachverhalt über den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet mitgeteilt hatten, nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaften ihren Mitgliedern bisher immer von einem angeblichen Streikbruch des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter vorgerebet. Daß die Angaben unseres Flugblattes auf Wahrheit beruhen, beweist der Umstand, daß der rote Verband bei den jüngsten Sicherheitsmännernwahlen, wo er doch Gelegenheit hatte, unsere Angaben Lüge zu kräften, so ganz jämmerlich erbärmlich abgeschnitten hat — und 212 Mandate an den christlichen Gewerkschaften verlor. Das ist ein geradezu vernichtendes Urteil der zunächst bei dem Kummel in Frage kommenden Arbeiter über die sozialdemokratische „Taktik“. Die rote „Volkszeitung“ hat also den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn sie von „in bedenkllichem Maße größer werdenden Wäden in den Reihen der „Organisierten“ spricht — Schwindel ist es aber, wenn sie ihrem Defensivpublikum vorgraut, diese Wäden befänden sich im Lager der christlichen Gewerkschaften und würden mit „Pastoren und Gemeindefeinden“ ausgefüllt. Tatsächlich hat der rote Busch im Ruhrrevier in der roten Organisation „Wäden“ hinterlassen; und zwar in einem Umfange, daß nicht einmal das Meer derer, die nie alle werden hinreichend, sie in den nächsten Monaten wieder auszufüllen. Und das will doch schon sicher etwas heißen. Inzwischen aber trösteten sich die Führer der roten Bergvölker mit der Hebelischen Sentenz: „wenn die dummen Leute doch schließlich wieder die „meisten Leute“ sein werden.“

Auf die letztere „Wahrheit“ vertraut auch die „Volkszeitung“, wenn sie in Bezug auf uns von einem „Wäckerbüßend“ rehet. Demgegenüber ist es nur merkwürdig, daß die roten „Freien“ auf der Flensburger Werft anlässlich der Arbeiterauswahlwahlen im Jahre 1910 und 1911 überall große Plakate aufhängen mit großen fettgedruckten Buchstaben: „Helft den freien Gewerkschaften zum Sieg!“ Dieses Jahr mußte also noch hinzugefügt werden: „gegen das „Wäckerbüßend“ der christlich-organisierten Arbeiter Flensburgs.“ — Und wie wars vor kurzem; da fürchteten die Genossen, daß das „Wäckerbüßend“ der Christlichen die ganze Meißener zu Schanden bringen könnte und hielten „mürrig“ ihre „öffentliche Versammlung“ hinter verschlossenen Türen ab. Das sind dann die „Freiheits-

fremde“, die mit vollen Waden gleiches Recht für alle prebigen — aber von „Abdrücken“ befallen werden, wenn ihre Schächsen einmal etwas anderes zu hören oder zu sehen bekommen, wie die abgestempelte „rote Meinung.“ — Freiheit, die ich meine!

Im übrigen bemerken wir auf das rote Geschreibsel, daß wir zu unseren Versammlungen — nicht Genera lversammlungen — Freunde unserer Bewegung als Gäste auch dann willkommen heißen, wenn es den Genossen nicht paßt. Zu der Versammlung am 27. März hatten wir sogar „Genossen“ eingeladen. Daß also nur „Pastoren und Gemeindefeinden“ erschienen waren, lag nicht an uns. Die so Titulierten entscheiden eben noch frei über ihr Tun und Lassen. In der Partei der „Freiheit“ ist das anders. So entschuldigte ein „Genosse“ z. B. sein Nichterscheinen damit, daß er, um die Wahrheit zu sagen, keinen Mut gehabt habe, unsere Versammlung zu besuchen. Und so etwas blüht sich in der Loga der Freiheit! — Hier Beileid!

Wir christlichen Gewerkschaftler werden hier an der Wasserkannte mit unserer Aufklärungsarbeit fortfahren. Unser Bestreben ist eben darauf gerichtet, der Arbeiterschaft den Nachweis zu erbringen, daß sozialistische Phrasen und praktische gewerkschaftliche Arbeit unvereinbare Gegensätze sind. Dabei ist der gesunde Menschenverstand auf unserer Seite — das beweist besser als alles andere das rote Verlegenheitsgestammel.

Essen. Im schönen Ruhrrevier, zwischen Steele und Mellinghausen, liegt die erste und älteste Maschinenfabrik Deutschlands. „Kunstwerkerröhre M. W. Dinnenndahl“, wer hätte den Namen nicht schon gehört! Heute wird das Werk durch eine Aktiengesellschaft betrieben. Wer aber aus dieser modernen Betriebsform etwa Rückschlüsse ziehen wollte auf die technischen Einrichtungen des Werkes, sähe sich schwer enttäuscht. In Wirklichkeit haben sich hier im Laufe der Jahre Verhältnisse herausgebildet, die einmal öffentlich besprochen werden müssen.

In der Hauptsache fabriziert die Firma Dampfmaschinen, Dampf-, Ventilatoren und Gasreiniger. Arbeitsmethode und technische Einrichtungen sind fast so alt wie das Werk selbst. Man konserviert hier pietätvoll den ehrwürdigen alten Fabrikationsprozeß und hält sich mit englischer Sorgfalt alles vom Leibe, was nur entfernt nach technischen Neuerungen aussieht. So kommt es denn, daß man Fräsarbeiten auf der Drehbank und Dreharbeiten auf der Fräsbank anfertigt. Jeder arbeitet nach seinem „Jollkod“. Auch die sonstigen Werkzeuge, Maschinen, Stähle zc. lassen auf das ehrwürdige Alter des Werkes schließen. Will jemand eine Neuerung einführen, so wird im bedenklich: „Es hat bis jetzt so gegangen, es muß auch weiter so gehen!“ — Und so wird's auf diesem Werke wohl bleiben — bis einmal eine mit der neueren Technik vertraute Leitung eingreift.

Heute können Schlosser, Formner, Nietler, Dreher und Fräser auf der „Kunstwerkerröhre“ nur durch Ausbittung ihrer ganzen physischen Kraft und unter Mitanspannung der sogenannten Lehrlinge ihr Geld verdienen. Häufig auch dann noch nicht. Das Schelingswesen ist hier schon mehr Unwesen. Unter einer Belegschaft von 160 Arbeitern befinden sich wohl rund 80 Lehrlinge. Es ist erklärlich, daß diese unerbittlich große Schaar von der Schule eben entwachsenen Jungen an Fachausbildung wenig profitiert; da es dazu noch an der nötigen Aufsicht fehlt, machen die Jungen jedoch andererseits in punkto Fleiß und Frömmlichkeit bedenkliche Fortschritte. Was soll aus solchen Jugendlichen später werden? Die Unternehmer fragen anscheinend wenig danach. „Es muß weiter so gehen.“

Die Arbeitspreise werden einseitig von der Firma bestimmt. Man braucht aber nicht bange zu sein, daß sie sich einmial zugunsten der Arbeiter irt; die wissen an Schluß der 14-tägigen Lohnperiode nicht einmal, was sie für ein am Anfang der Periode fertig gestelltes Stück Arbeit bekommen. Schlosser- und Dreherlöhne von 3 M. bis 3,50 M. sind durchaus keine Seltenheit. Ueberstunden gibt's in großer Zahl. Selbst Lehrlinge unter 18 Jahren hält man an, 16, 18, selbst 24 Stunden zu arbeiten. Eine Mehrvergütung für Überarbeit gibt es nicht. Da auch sonstige Einrichtungen auf dem Werke sehr viel zu wünschen übrig lassen, ist es sicher kein Wunder, daß es hier ein und aus geht wie in einem Taubenschlag.

Niel geklagt wird besonders über die Behandlung durch den Betriebsleiter H. Auch die Meister wissen davon zu erzählen. Trotzdem wagt sich ein Teil der letzteren — ehemalige Arbeiter des Werkes — soweit herab, sich beim Betriebsleiter durch kleinliche Anbringererei „lieb Kind“ machen zu wollen. Auch unter den Arbeitern gibt es hier leider noch solche, die sich zum Verrat ihrer Kollegen hergeben. Sie scheinen das Wort nicht zu kennen, daß die Herren den Verrat lieben, aber den Verräter nichtsdestoweniger verachten. Ist es nicht beschämend, wenn da z. B. ein Hilfsarbeiter, nennen wir ihn K., sich einen antrinkt, und in diesem „rebelligen“ Zustand dem Betriebsleiter die „Tagesneuigkeiten“ überbringt? — Der Mann darf dafür dann nächstens wieder betrunken zur Arbeit erscheinen; sorgfältig wird er in eine Ecke gelegt und darf hier seinen Rauch ausblasen. Man braucht den Mann eben. Wo zu? — Nun, die Arbeiter tun gut daran, vor ihm auf der Hut zu sein. — Vor einigen Wochen wurde auf dem Werk ein Hobler entlassen. Wer trat an seine Stelle? Es war der bekannte „B.“, der schon zweimal da war und auch gerade so oft schon entlassen wurde. Es ist kaum anzunehmen, daß es Leutenot war, die die Firma bewog, diesen M. . . schwächer wieder in Gnaden aufzunehmen. Gelegentlich eines Streiks im Jahre 1905 hat eben dieser „B.“ den kämpfenden Arbeitern einen schändlichen Streich gespielt. Trotzdem er nichts getan, diesen Streik wieder gut zu machen oder auch nur zu bedauern, hatte der Mann die Ehre, im vergangenem Jahre seine Aufnahme in unsern Verband zu beantragen. Mit Recht lehnten die Kollegen das ab. Wie begründet diese Ablehnung war, geht daraus hervor, daß der Mann jetzt unter unsere jungen Kollegen geht und alle blödsinnig schilt, die sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Nur gut, daß die Kollegen jetzt wissen, warum Arbeiter von Charakter die Waffenbrüderchaft mit diesem „Welden“ ablehnen müßten. „B.“ mag sich also in seinem eigenen Interesse etwas mäktigen, andernfalls würde er uns zwingen, ein deutlicheres Wort zu reden.

Eine Arbeiterschaft, die etwas auf ihre Ehre und Menschenwürde hält, wird geschlossen ankämpfen gegen dieses dem ganzen Stande zur Unehr gereichende Kriecher- und Schmeicheleierumtum. Wir haben doch wahrhaftig wichtigere und höhere Aufgaben, als daß der eine den anderen „in die Wanne zu hauen“ sucht. Zumal auf der „Kunstwerkerröhre Dinnenndahl“ ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft sich bis zum letzten Mann aufrafft, um einmal geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Nur eine Arbeiterschaft, die selbstbewußt und geraden offenen Sinnes ihre Rechte vertritt, wird den Unternehmern Respekt abringen, und nur wenn sie geschlossen und einig in ihrer Organisation dasteht, wird ihre Arbeit von Erfolg gekrönt sein. Deshalb, ihr Kollegen bei der Firma Dinnenndahl, Hand ans Werk! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Besetzt das Wort des Dichters, der

da sagt: „Niel Klagen hör' ich oft erheben — Vom Hochmut, den der Große üb't. — Der Großen Hochmut wird sich geben, — Wenn unsre Kriecherei sich gibt.“ B. C.

Stuttgart. Eine sehr gut besuchte Versammlung unseres Verbandes am 10. Mai besaßte sich mit den neuesten Kämpfen in der Metallindustrie und der Bewegung und Streitfragen in der deutschen Arbeiterbewegung. Zu den Kämpfen in der Metallindustrie führte der Referent, Bezirksleiter Kollege Vengler-Stuttgart, u. a. folgendes aus: Die deutsche Metallindustrie hat in den letzten Jahren verschiedene Entwicklungsgänge aufzuweisen, sowohl nach ihrer inneren wie äußeren Gestaltung. Sie ist vor allen Dingen eine Industrie, die heute gegen 2½ Millionen Personen beschäftigt. Weiter hat sie im Gegensatz zur Einfuhr die höchste Ausfuhrziffer aufzuweisen, sie hat in der Hauptsache den deutschen Bevölkerungszuwachs aufzunehmen und ist so das Rückgrat unserer Industrie. Die Lage der Metallindustrie bietet auch im allgemeinen den Gradmesser für die Lage des Wirtschaftsmarktes. Aus diesen Gründen beanspruchen gerade die Kämpfe in der Metallindustrie über den Kreis ihrer Angehörigen hinaus ein bedeutendes Interesse. Neben dem sprach sodann über den näheren diese Entwicklungsgänge und die Stellung der Arbeitgeber zu den Arbeiterorganisationen. In letzterer Beziehung haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß ein Teil der Arbeitgeber die Gewerkschaften anerkennt, mit deren Führern unterhandelt und auch den Arbeitern durch Abschluß von Tarifverträgen ein Mitbestimmungsrecht auf den Arbeitsvertrag einräumt. Ein anderer Teil, vor allem die Vertreter der Großindustrie stellen sich auf den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“.

Neben ging dann ausführlich auf die vom Frankfurter Industriegebiet ausgehende Ausprägungsbewegung ein. Für die Arbeiterschaft gelte demgegenüber die Parole, auf der Hut zu sein und sich für diese großen Kämpfe vorzusehen. Die christlich gefinnte Arbeiterschaft verkenne keineswegs die Schwierigkeiten, die unsere Industrie im Konkurrenzkampf zu bestehen hat. Demgegenüber muß aber hervorgehoben werden, daß auch die Arbeiterschaft noch eine große Reihe berechtigter Forderungen hat. Wenn die Metallindustriellen rüsten, so ist es Pflicht der christlich gesinnten Metallarbeiter, dem durch Anschließ an den christlichen Metallarbeiterverband im Interesse ihrer Selbsterhaltung ein Gegengewicht entgegen zu stellen.

Der zweite Redner, Verbandsvorsitzender Kollege Wier-Duisburg, gab sodann in seinem Vortrage ein großartiges Bild von den geistigen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung, die auch die Ursachen der Verschiedenheit und Zersplitterung der deutschen Arbeiterorganisationen bilden. Es liegt in der historischen Entwicklung Deutschlands, so führte der Redner aus, daß Deutschland das zersplitterteste Land ist. Von Alters her war es nicht möglich, die deutschen Stämme zu einem einheitlichen Ganzen zu vereinigen. Dieses Bild haben wir heute in unseren Bundesstaaten noch. Der Zersplitterung war es zu verdanken, daß Deutschland früher der Tummelplatz der Ausländer war, die Schlächten auf deutschem Boden geschlagen wurden. Dadurch ist unendlich viel deutsche Kultur verloren gegangen. Etwas hat den Deutschen aber bis heute ausgezeichnet, das ist seine Gemütsart. Man nennt die Deutschen das Volk der Dichter und der Denker. Diese Volkseigenart, die in die Tiefe geht, konnte je nach der Agitation zum guten oder schlechten ausgenützt werden. Redner bespricht sodann die tabuläre Strömungen: Deutschland, die in der Sozialdemokratie sich verlorperkt. Die Ziele derselben hat ihr Führer Bebel in die Formel geprägt: „Wir erstreben auf politischem Gebiete die Republik, auf wirtschaftlichem Gebiete den Kommunismus und auf dem Gebiete, das man das religiöse nennt, den Atheismus.“ Der Referent besprach im einzelnen diese Ziele nach ihren Grundgedanken und kommt zu der Schlussfolgerung, daß wir aus idealen und materiellen Gründen diese Bestrebungen ablehnen müssen. Die christliche Arbeiterbewegung will im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung unter Anerkennung des Privatunternehmens eine Hebung der Arbeiterklasse herbeiführen. Wir wollen vor allem Deutsche sein. Entgegen der roten Internationalen wollen wir zuerst deutsche Wirtschaftsinteressen, die auch den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft bedingen, vertreten. Je mehr Massen sich den christlichen Gewerkschaften anschließen, desto eher wird sich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung von dem unfruchtbaren Radikalismus und der Phase vollziehen.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die gesamte christliche Arbeiterschaft bei den gegenwärtigen entscheidenden Kämpfen auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiete das Größtmögliche zur Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung einbringen müsse. Kollege Armbruster schloß darauf die schon verlaufene Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband und dem Ersuchen an die Anwesenden, für die Durchführung des Gehörten allseits Sorge zu tragen.

Duisburg. Am Sonntag den 12. Mai fand hier eine gut besuchte Versammlung der Handwerker und Maschinenisten der Saargruben statt. Einberufen war dieselbe vom christlichen Metallarbeiterverband. Der Zweck der Versammlung war, Stellung zu nehmen gegen die un w a h r e n D e h a u p t u n g e n, welche in der Versammlung des lokalen Grubenhandwerkerverbandes in Duisweiler ausgedrückt wurden.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Duisburg, Grubenschlosser Kollege Richard Schneider, gab nach einer kurzen Ansprache dem Kollegen Kettenhofen das Wort. Dieser räumte gründlich mit den breiten Behauptungen der Leuten von der Lokalorganisation auf. Für mich war es, so führte Redner aus, als ich die Einladungszettel des Grubenhandwerkerverbandes zu Gesicht bekam, auf Grund der bisherigen „Leistungen“ des Organisationsbüros klar, daß da etwas Lommen werde, was den bisherigen „Leistungen“ nicht nachhände. In letzter Zeit haben wir alle Reibungen mit diesem Verbändchen vermieden, weil es zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung gar nicht fähig ist. Durch seine neueste Leistung hat das Verbändchen aber den Gipfel erreicht, und wir schulden es der Offenlichkeit, die Sache einmal klar zu stellen.

Die erste Behauptung schon, dem Verbändchen seien „mancherlei Kämpfe und Schwierigkeiten von seiten der Behörden gemacht worden“, ist geradezu lächerlich. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß zu den Tagungen die Behörde eingeladen und anfänglich auch erschienen sei, wenn ferner zu Festlichkeiten, wie Faschnachtsfestungen und Kaisersgeburtstagsfeiern Beamte einzelner Inspektionen von der Ortsgruppen eingeladen wurden und auch teilgenommen haben, wirken solche Behauptungen für sich selbst. Man will sich hier mit einer Märtyrerkrone schmücken, um seine Unfähigkeit zu bedecken. Was ist denn Wahres an der Behauptung: „Vor der Gründung des Verbändchens habe niemand der Grubenhandwerker gedacht“? Wer hat denn die Koalitionsfreiheit für uns erwirkt? Wie sah es aus, als dem christlichen Metall-

arbeiterverband, nachdem die Abmachungen mit dem Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter getroffen waren, die Grubenhandwerker als Agitationsgebiet überwiesen wurden? Die Weidliche des Verbändchens (pro Monat 5 Bfg.) waren gestundet, ebenso ruhte die Versammlungstätigkeit. „Der Kampf beleiht“; so kam es auch hier. Erst durch die rege Tätigkeit des christlichen Metallarbeiterverbandes kam wieder Bewegung und Leben unter die Grubenhandwerker. Das Lokalverbändchen suchte dann die Situation für sich zu retten durch einen Appell an die niederen Instanzen, indem es nach Art der Selben gegen Zahlung angemessener Beiträge, ohne die heute doch keine Organisation wirklich etwas leisten kann.

Der Nachahmungstrieb hat sich unter diesen Leuten auch ganz gut entwickelt. Der Redner zeigte durch Angabe der Daten, wie man sich unsere Petition und das Reformprogramm, welches unsere Denkschrift enthält, dort ohne mit einer Wimper zu zucken, zu eigen gemacht hat. Die Behauptung eines Herrn Schmidt aus Sulzbach, der die „Erfolge“ seines Verbandes aufzählte und unter anderem ausführte: „Gelingen ist uns die Herabsetzung der Zeit zur Erreichung des Höchstlohnes auf das 32. Lebensjahr“, ist eben eine Behauptung, für die er den Beweis schuldig blieb und bleiben wird. Wenn es nach der Eingabe des Verbändchens, dem dieser Sprecher angehört, gegangen wäre, dann hätte eine Herabsetzung der Altersgrenze auf das 32. Lebensjahr gar nicht erfolgen können. Sieht doch in Nr. 2 des „Verbandsorgans“ (der Grubenhandwerker) vom Monat Februar 1911 in der famosen Eingabe an den Minister in Speerdruck wörtlich folgendes: „Zur Zeit erhalten die Grubenhandwerker mit dem 31. bzw. 32. Lebensjahre den Höchstlohn.“ — Man kann also nur die armen Versammlungsteilnehmer beauern, die so an der Nase herumgeführt werden. Nach solchen Leistungen braucht man den weiteren Unsinn des betreffenden Redners nicht mehr zu widerlegen. Die Verbesserungen, auch die Herabsetzung der Altersgrenze, ist das Werk des christlichen Metallarbeiterverbandes. Bei den Bergetatsberatungen haben die Abgeordneten, welche für die Grubenhandwerker und Maschinenisten eintraten, sich ausdrücklich auf das Material unseres Verbandes berufen. Von einem „Grubenhandwerkerverband“ war keine Rede. Nur eine Zentralorganisation, wie es der christliche Metallarbeiterverband ist, der die ganze christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hinter sich hat, garantiert uns Erfolg. Neben den materiellen müssen aber auch die idealen Interessen gepflegt werden, wozu dem Verbändchen die notwendigen Mittel fehlen. Mit der dringenden Mahnung in Zukunft mehr wie bisher dahin zu wirken, daß allen Kameraden die Augen geöffnet werden über die Schädlichkeit der Zerstückelungsarbeit des lokalen Verbändchens, schloß der Referent unter großem Beifall seine Ausführungen.

In der Diskussion sprach als erster Redner Kollege Wid. Er stimmte den Ausführungen des Kollegen Pettenhofen vollständig bei, und fand die Behauptung des Vorsitzenden Weidlich des Lokalverbändchens, wonach dem Verbands bei seiner Gründung Schwierigkeiten gemacht worden wären, lächerlich. Bei der Gründungsversammlung sei doch sogar ein Vertreter der Bergbehörde anwesend gewesen und man habe damals doch bei den Kollegen überall verbreitet, die Behörde protestiere diese Gründung. Anscheinend sei es Herrn Weidlich schwer auf die Kerben gefallen, daß die Behörde sich hernach nicht mehr weiter um den sogenannten „Verband“ bekümmert hätte; der ja bloß eine Mache war, um die Kollegen von der Gewerkschaftsbewegung fernzuhalten und das Interesse einiger weniger Egoisten zu fördern. Was das Erreichen von Verbesserungen anbelange, die Herr Weidlich auf das Konto des Lokalverbändchens unter seiner glorreichen Leitung buchen wollte, so sei ihm doch schon oft von seinen eigenen Mitgliedern vorgehalten worden, der „Verband“ tue aber auch rein gar nichts. Als ihm in einer Versammlung zu Lousenthal von seiten einiger Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes über ungünstige Lohnverhältnisse geklagt wurde, erwiderte er: „In der Lohnfrage ist nichts zu machen, wir verdienen 120—150 M. pro Monat, das können wir zufrieden sein.“ Ob damit den vielen Kollegen, die weniger verdienen, geholfen war, ist eine andere Frage. Dies sei doch die beste Beleuchtung der Tüchtigkeit des Weidlichen Verbändchens.

Dann ging Kollege Wid auf die Ausführungen des Herrn Schmidt auf der Dubweiler Versammlung ein, die er nachher zerküßte. Den Ausführungen des Kollegen Pettenhofen über das Widerumgehe der Lohnfragenbehandlung von seiten des Verbändchens brauche man nichts mehr hinzuzufügen. Sie treffen voll und ganz zu. Einiges möchte aber besonders festgenagelt werden, die famosen Ausführungen Schmidts über die landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung der Kollegen auf den Gruben Götterborn, Brebach, Camphanen usw. Anscheinend wollte Schmidt nicht mehr ernst genommen sein, sonst würde er solche Konjuren, die Interessen der Kollegen schädigenden Ausführungen nicht gemacht haben. Wie konnte er behaupten, den Kollegen wäre Gelegenheit zum Betreiben der Landwirtschaft gegeben, und sie hätten doch höhere Löhne. Als im vorigen Herbst die Behörde in dankenswerter Weise der Belegschaft Vorstoß gab zum Beschaffen von Kartoffeln, haben die Kollegen dieser Gruben, mit sehr wenig Ausnahmen, von diesem Entgegenkommen Gebrauch gemacht. Zeigt dies von Landwirtschaft. Wir wollen nicht, daß die Behörde Nebenarbeit bei der Lohnfestsetzung in Betracht zieht; wenn es aber die eigenen Kollegen tun, müssen wir ganz entschlossen Bestätigung einlegen. Solche Ausführungen verdienen tiefer gelächelt zu werden. Durch den Satz: „Unsinn ist es, unsere Forderungen auf Kraftkämpfe setzen zu wollen“, gibt Schmidt selbst zu, daß sein Verband dasjenige ist, für was ihn die aufgeregten Kollegen immer hielten, eine gelbe Gründung. Daß die christlichen Organisationen keine Kraftkämpfe vom Range brechen, haben unsere Kollegen im Ruhrgebiet bewiesen. Aber jeder überzeugte Arbeiter wird sich von Leuten abweisen, die solche Sätze proklamieren wie Schmidt. Dazu möge sich Schmidt merken, daß es doch gerade die gelben und unorganisierten Arbeiter waren, die hier in Saarreidert am lauesten nach einem Streik hielten. Daß sich die Grubenhandwerker alle dem Verbändchen anschließen, werde nach solchen Leistungen wohl ein frommer Wunsch bleiben. Die Behauptung, der christliche Metallarbeiterverband habe die Grubenhandwerker bekämpft, sei dermaßen toll, daß man sie nur niedriger zu hängen brauche. Nicht die Kollegen haben wir bekämpft, das überlassen wir Herrn Schmidt, sondern das schöne Spiel, das man mit den Interessen der Kollegen treibt. Wenn Herr Schmidt weiter ausführte, der Herr Abgeordnete Mauer hätte die Wünsche der Grubenhandwerker gut vertreten, so stimmt das allerdings — aber er möge sich doch einmal bei Herrn Dr. Mauer erkundigen, auf welche Veranlassung dieses geschieht ist. Hat Herr Dr. Mauer sich nicht

ausdrücklich auf die Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes berufen? hat er nicht ausdrücklich der christlichen Organisation, die Herrn Schmidt so verhaßt ist, seine Sympathie ausgesprochen? Also sollte Herr Schmidt immer hübsch bei der Wahrheit bleiben, denn die dazu im Gegensatz stehende Untugend hat „kurze Beine“. Wenn Herr Schmidt glaubt, ein Zusammenstoß aller Grubenhandwerker in seinem Verbändchen würde deren Lage verbessern, so irrt er sich gewaltig. Dies war ja früher der Fall, der Erfolg aber war gleich Null. Auch Herr Weidlich hätte sich, so führte Kollege Wid aus, die Sache anscheinend sehr leicht gemacht. Die Ausführungen, die derselbe in Dubweiler gemacht habe, stimmten so ziemlich mit den Angaben des Flugblattes überein, daß der christliche Metallarbeiterverband zur Auflösung verteilt hat. Zum Schluß forderte Redner die Kollegen auf, sich ohne Unterschied der Konfession und der Parteizugehörigkeit dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, der durch die Tat bewiesen habe, daß er die Interessen der Grubenhandwerker nach jeder Hinsicht zu vertreten wolle.

Coll. (Eifel.) Am Sonntag den 5. Mai fand hier eine öffentliche Versammlung unseres Verbandes statt. Zahlreich waren die Kollegen der Bleihütte herbeigeeilt, um sich über Zweck und Bestrebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes Aufklärung zu holen. Ganz besonders ist für die hiesigen Bleihüttenarbeiter die Organisation eine Notwendigkeit. Bei überaus langer Arbeitszeit — oft kommt es vor, daß die Arbeiter bis zu vierundzwanzig Stunden auf der Arbeitsstelle zubringen müssen — sind die Löhne als sehr bescheiden zu bezeichnen. Schichtlöhne von 2,80 M. bis 2,90 M., in Akkord bei starker Anstrengung 3,30 bis 3,90 M. sind hier üblich. Daß bei diesen Lohnverhältnissen die Arbeiterlage keine rosig ist, wird wohl jeder Einsichtige zugeben.

Man glauben die Arbeiter ihre Lage dadurch zu verbessern, daß sie im Sommer das „gaßliche“ Heim der Bleihütte meiden. Im Winter gehts dann wieder in das alte Loch hinein. Dadurch wird aber die Lage der Hüttenarbeiter nicht gebessert! Sondern hier kann nur durch zähe, ausdauernde Arbeit in der Organisation eine Besserung herbeigeführt werden. Viele der Anwesenden erkannten auch den Wert der Organisation an und traten dem christlichen Metallarbeiterverband bei. Dadurch ist nun die Grundlage geschaffen, worauf wir weiter arbeiten können. Jeder einzelne Kollege muß sich als Agitator unserer Sache fühlen. Das kleine Opfer des Beitrags darf nicht gescheut werden.

Von nun an soll nicht eher geruht werden, bis der letzte Hüttenarbeiter dem Verbands beigetreten ist. Unsere Parole muß heißen: geschlossenes Eintreten für die Besserung unserer wirtschaftlichen Lage! Immer vorwärts, furchlos und beharrlich!

Osnabrück. Fernab von den großen Industriezentren liegt unweit vom schönen Teutoburger Walde die altbekannte Stadt Osnabrück. Das industrielle Leben dieser Stadt und der Umgebung wird, soweit die Stahl- und Eisenindustrie in Frage kommt, beherrscht von den Unternehmungen des Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins. Diese Gesellschaft wurde bislang in größerem Umfang nur einmal hineingezogen in den Bannkreis der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, und zwar im Jahre 1898 durch den weitbekannten Streik am Bisberge. Seitdem herrscht Ruhe. Diese Ruhe war jedoch keine für die Arbeiterkraft günstige. Während allerorten die Löhne z. T. stark steigende Tendenz zeigten, sanken hier durch Lohnreduzierungen oder blieben stehen auf ihrem alten Niveau. Nur in wenigen Fällen traten Verbesserungen ein. Die heimische Arbeitererschaft wurde zudem gegenüber der von auswärts zureisenden in Lohn und Behandlung schlechter gestellt.

Die Bundesratsverordnungen zum Schutze der Schwereisen- und Hüttenarbeiter scheinen bei ferneren hier nicht immer in der wünschenswerten Weise beachtet zu werden. Ist es doch schon vorgekommen, daß Sonntags morgens, wo um 6 Uhr die Schicht beendet sein mußte, im Martinwerk nach 7 Uhr noch eine neue Charge eingeseht wurde. Auch werden die Arbeiter angehalten, „nicht zu spät“ Sonntags anzukommen. Meist sind die Dejen Sonntags schon um 11—11½ Uhr abends voll und in voller Temperatur, fertig zum Schmelzen usw. Ebenfalls sind die Verhältnisse der Schrot- und Erzlaber, der Generatorarbeiter und Maschinenisten einer Regelung bedürftig, soweit Sonntagsarbeit in Frage kommt. Auch andere Abteilungen haben dieselben Wünsche.

Nachdem nunmehr von seiten der Direktion des Werkes Neueinteilungen und Verbesserungen durchgeführt werden, kann und muß konstatiert werden, daß dieselben in erster Linie dem Vorgehen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken sind. Durch systematische Agitationsarbeit war es gelungen, einen sehr erheblichen Teil der Arbeiter zu organisieren. Kommissionen wurden daraufhin gebildet, welche alles Material sammeln, in einer Eingabe an das Werk festlegen und auch zuletzt durch Knappschäftsvertreter dem Direktorium unterbreiteten. Alles, was geschehen ist, geschah direkt oder indirekt durch unsern christlichen Metallarbeiterverband.

Angelehnt an die Georg-Marien-Hütte liegt die Fabrik der Firma E. Stahmer. Von einer gewerkschaftlichen Organisation will diese nichts wissen. Schon mehrfach wurden hier Versuche gemacht, die Selben einzuführen, um den christlichen Metallarbeiterverband zu verdrängen. Trotzdem den Arbeitern von seiten der Direktion vor einiger Zeit versprochen wurde, Lohnreduktionen nicht vorzunehmen, finden dieselben doch statt, und zwar zu derselben Zeit, in welcher die Mietten der Koloniewohnungen hinaufgesetzt wurden. Der Wunsch der Arbeiter, einen Arbeiterauschuß zu erhalten, wurde damit beantwortet, daß die Firma jeden Arbeiterauschuß anerkennen würde, welcher „frei von organisierten Arbeitern“ wäre. Aus alledem geht hervor, daß man den Verband als einen Machtfaktor ansieht, welcher für die Arbeiter von allergrößter Bedeutung ist. Die Lehre daraus ist für jeden einsichtigen Arbeiter klar gegeben.

Der Verband allein ist eine Macht im Wirtschaftsleben, auf ihn können die Arbeiter bauen in schwerer Zeit. Durch keine Aktionen, welche von irgend welcher gegnerischer Seite in die Wege geleitet werden, darf die Arbeiterschaft sich irreführen lassen. Jetzt, nachdem im letzten Winter sich die hiesige Arbeiterschaft aufgerafft, jetzt gilt es, die Einigkeit zu wahren und zu pflegen. Die Arbeiterschaft von Osnabrück und Umgebung hat nur einen Feind, den sie fürchten muß: die Uneinigkeit. Sonst gibt es keinen Feind, der ihr auf die Dauer schaden kann. Darüber nun haben die Arbeiter selbst zu entscheiden.

8-10 tägige Former für Maschinenbau gegen hohen Lohn. Aufträge sind an die Geschäftsstelle unseres Verbandes in Siegen, Sandstraße 36 zu richten.

Sterbetafel.

Stuttgart. Am 12. Mai starb unser Kollege Lorenz Wild, Schmieb, im Alter von 27 Jahren infolge eines Unfalles.

Saarbrücken. Am 11. Mai starb unser treuer Kollege Ehendreher Franz Alburg im Alter von 31 Jahren an Lungenemphysem.

Differdingen. Am 21. Mai verunglückte unser treuer Kollege Peter Lehnhoff tödlich im Alter von 29 Jahren.

Schweizer. Am 17. Mai starb unser treuer Kollege Heinrich Simons infolge Herzlähmung im Alter von 54 Jahren.

Oberesfeld. Am 1. Mai starb unser Kollege Georg Müller im Alter von 58 Jahren an Lungenblutung.

Essen. Am 22. Mai starb unser treuer Kollege Peter Redel im Alter von 31 Jahren an Lungenemphysem.

Nieder-Cölohe. Am 22. Mai starb unser treuer Kollege Heinrich Müller im Alter von 36 Jahren an einem Lungenleiden.

Saarn. Am 11. Mai starb unser Kollege Heinrich Meyer im Alter von 29 Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung. — Am 10. Mai starb unser Kollege Schäfer im Alter von 49 Jahren an den Folgen einer Erkältung.

Ghre ihrem Abentken!

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 31. Mai.**
- Essen-Ost- und Wagenschmiede. Abends 9 Uhr bei Moser.
 - Stuttgart, den 1. Juni.
 - August-Bauschiffwerk. Abends 8 Uhr im Lokal.
 - Bole-Kabel. Abends punkt 8.30 Uhr bei Schürmann.
 - Verlin-Moabit. Bei Boverst, Gogrowstr. 86.
 - Dag-Moabit. Abends 8.30 Uhr bei Hofkamp, Ede Blumen- und Sammerstraße.
 - Essen-Steele-Krath. Abends 8.30 Uhr in Krath bei Freitag.
 - Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weimarschen Hof.
 - Alberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Hertens, Klotzstr.
 - Freiburg. Abends 8.30 Uhr im Gantersbräu, Schiffr. 7.
 - Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder, Laßstr. 97.
 - Waise-Weiterbauer. Abends punkt 8.30 Uhr bei Wüstenborn.
 - Köln-Stadt. Abends 9 Uhr im Bierhof, Breiterstraße.
 - Köln-Sumbold-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Guth, Waffstraße.
 - Köln-Ohlheim. Abends 9 Uhr bei Schmidt, Frankfurterstr.
 - Wüstenheim. Abends punkt 8.30 Uhr bei E. Deiner.
 - Münsterberg. Abends 8 Uhr im Gesehenshof, Tafelhofstr. 7.
 - Desse. Abends 8.30 Uhr bei Sommer.
 - Radolfzell. Versammlung mit Vortrag im Gasthaus zum Kreuz.
 - Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.

- Sonntag, den 2. Juni.**
- Bodum-Verwaltungsstelle. Nachm. 3 Uhr Vorstände- und Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Sektionen im christlichen Gewerkschaftshaus B o c h u m, Wiemelhauserstr. 13. Daran anschließend 5 Uhr außerord. Mitgliederversammlung mit Frauen. Redner: Bezirksleiter Gröfeler.
 - Bellheim. Versammlung im „Stroh“.
 - Berlin-Tugentkloster. Nachm. 3 Uhr im deutschen Gärtnerheim, Straßburgerstr. 68.
 - Bedum. Vorm. 11 Uhr bei E. B. Schrage, am Markt.
 - Danzig. Nachm. 2 Uhr im St. Josefshaus.
 - Dag-Kaar. Morgens 11.30 Uhr bei Jansen. Ref.: Kol. Burgard.
 - Dortmund-Görde. Vorm. 11 Uhr bei Stolte, Schauffstraße.
 - Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 10.30 Uhr öffentl. Versammlung im Paulushaus, Untenstraße 33-35 (großer Saal). L.-D.: Die gelben Werkvereine, eine Entscheidung der deutschen Metallarbeiter! Ref.: Kol. Gröfeler-Essen. Erscheinen Pflicht! Indifferente mitbringen!
 - Essen-Borbeck-Schönebeck. Vorm. 11 Uhr. Lokal wird durch Vertrauensmänner betimmt gegeben.
 - Essen-Vortrop. Nachm. 3.30 Uhr bei Frogemann.
 - Essen-Pollterhausen. Vorm. 11 Uhr bei Buchner.
 - Essen-Kettwig. Vorm. 11 Uhr bei Buchmüller.
 - Essen-Former und Gießereiarbeiter. Vorm. 10.30 Uhr im „Irebushaus“, Frohnhauserstraße 19.
 - Gellentirchen-Neustadt. Vorm. 11 Uhr im Ruhthal-Restaurant.
 - Gellentirchen-Schalke. Vorm. 11 Uhr bei Wegener.
 - Hamborn. Nachm. 2.30 Uhr bei Freundlich am Neumarkt.
 - Hagen-Altenhagen. Morgens 11 Uhr bei Steinhaus.
 - Karlruhe. Vorm. 10 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung im Palmgarten. Abrechnen mit den Ortsleiter.
 - Köln-Bühl. Morgens 11 Uhr bei Griesberg, Uffstr. 8.
 - Wesderich. Nachm. 4 Uhr bei Hofkamp.
 - Willingen. Öffentl. Versammlung mit Frauen bei Fr. Böcker im Saal. Auswärtige Redner.
 - Schalksmühle. Nachmittags 5 Uhr bei Bedder.
 - Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Wieje, Bahnhofstr.
 - Trier. Vorm. 11 Uhr bei Ströben, Meerastalene.

- Montag, den 3. Juni.**
- Essen-Elektronenteure. Abends 8 Uhr bei Scholten, Blechhofstr.
- Mittwoch, den 5. Juni.**
- Duisburg. Abends 8.30 Uhr Vertrauensmänner-Versammlung im Konferenz-Zimmer, Realgymnasium 2.
 - Dortmund (Kleinwerbe). Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus.

- Donnerstag, den 6. Juni.**
- Danzig-Langfuhr. Abends 8 Uhr in der Flora.
- Freitag, den 7. Juni.**
- Essen-Klempner im Kleinwerbe. Abends 8.30 Uhr im „Irebushaus“, Frohnhauserstraße 19.
 - Haltern. Abends 8.30 Uhr im Verbandslokal.
- Sonntag, den 8. Juni.**
- Augustburg. Abends 8 Uhr in der Schützenhalle.
 - Altenbörde. Abends 8.30 Uhr bei E. Deiser, am Brühl.
 - Berlin-Norden. Abends 8.30 Uhr bei Thiede, Süsslenstr. 4-5.
 - Dortmund 1. Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Halle a. S. Abends 8.30 Uhr bei Schütz, Merseburgerstraße 9 Ref. Kollege Reichert.
 - Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
 - Köln-Grenelnd. Abends 9 Uhr bei Korndorfer, Seplerstraße.
 - Köln-Indenthal. Abends 9 Uhr bei Sabel, Bagenerstr. 129.
 - München. Abends 8 Uhr im Lokale „Leopoldshaus“, Senefelderstr. 11.
 - Stuttgart-Zuffenhausen. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
 - Sofingen-Saan. Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel.
 - Tönisheide. Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Lange.
 - Wohwinkel. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178.

- Sonntag, den 9. Juni.**
- Duisburg. Morgens 11 Uhr bei Giesen, Wanheimerstraße.
 - Karlruhe-Daglanden. Nachm. 8.30 Uhr im Gasthaus zum Strich, nachher 2. Unterhaltung bei Giese.
 - Meiseric. Morgens 11 Uhr bei Hebel.
 - München-Jugendliche. Vorm. 10 Uhr im Kollergarten, Schwabthalerstraße.
 - Neuwied. Vorm. 11 Uhr im Lokal „Drei Schwelger“.
 - Niefern. Nachm. 3.30 Uhr Versammlung.
 - Ober-Warmen. Vorm. 11 Uhr im Jägerhof, Ede Jäger- und Bleichhauerstraße.
 - Siegburg. Morgens 11 Uhr Minoriten, Kronprinzentraste.
 - Sonthofen. Nachm. 3.30 Uhr im Lokal.
 - Strasbourg. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.
 - Süß am Rhein. Morgens 10 Uhr im Lokale Offen.

Gesucht nach Stuttgart **Bauschlofer** nach Tarif. Zu melden einige tüchtige selbständige Bauarbeiter. Verbandssekretariat Stuttgart, Urbanstr. 85. Tel. 2245.